Besprechungen = Comptes rendus

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **7 (2000)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

LITERATUR ZUM THEMA
COMPTES RENDUS THEMATIQUES

BRUNO Z'GRAGGEN
TYRANNENMORD IM TOGGENBURG
FÜRSTÄBTISCHE HERRSCHAFT UND PROTESTANTISCHER WIDERSTAND UM 1600
CHRONOS, ZÜRICH 1999, 432 S., FR. 58.–

Das Gebiet des heutigen Kantons St. Gallen setzte sich in der Frühen Neuzeit aus nicht weniger als zwölf kleinen und kleinsten Territorialstaaten zusammen – mit entsprechend vielfältigen politischen Verfassungen und wirtschaftlichen Strukturen. Zahllose regionale und lokale Konflikte zwischen Herrschaft und Untertanen prägten auch die Geschichte dieser zum Teil winzigen Staatswesen. Die Auseinandersetzungen wurden je nach den Kräfteverhältnissen durch gütliche Einigungen, schiedsgerichtliche Entscheide oder Repressionen – meist mit Hilfe struktureller Gewalt – zu regeln versucht; selten erfolgte ein militärischer Einsatz; noch seltener floss Blut – weder durch Attentate noch durch nachherige Todesurteile. Meist blieben die Spannungen latent und mündeten nur vereinzelt in einem offenen Konflikt.

Das Toggenburg bildete hierin eine Ausnahme. Die Geschichte dieser Landschaft zwischen der Reformation und der Mitte des 18. Jahrhunderts bildete eine einzige Kette von Auseinandersetzungen des Fürstabts von St. Gallen und seiner Beamtenschaft mit der Bevölkerung des Thur- und des Neckertals. Hier kam es öfters zu Gewalttaten, gelegentlich auch zu Mordanschlägen und Hinrichtungen. Zweimal wuchsen sich die Spannungen sogar zu innereidgenössischen Kriegen aus – während der Reformation und im «Toggenburgerkrieg» von 1712. So weit kam es in dem hier zu besprechenden Konfliktfall allerdings nicht.

In der durch Rudolf Braun betreuten Dissertation beschreibt und analysiert Bruno Z'Graggen den Mord an Hans Ledergerw, dem fürstäbtischen Amtmann im Kloster (Alt) St. Johann. Dieser wurde 1621 aus einem Hinterhalt oberhalb Nesslau erschossen. Wie erst acht Jahre später durch Denunziation auskam, stand eine Gruppe von reformierten Notabeln aus dem Obertoggenburg hinter dem Anschlag.

Nach einer allgemeinen Einleitung über das Attentat als ländliche Widerstandsform der Frühen Neuzeit rollt der Verfasser den ganzen Kriminalfall minutiös und in spannender Schilderung auf. Den unmittelbaren Anlass bildete eine Waffenmusterung, welche Amtmann Ledergerw im Rahmen einer Militärreform erstmals zentral für die obersten Talgemeinden durchführen wollte; die Nesslauer befolgten das Aufgebot jedoch nicht und wurden dafür durch das Landgericht verurteilt. Zeitlich erfolgte der Anschlag nach Abschluss des Wattwiler Vertrages, welcher für die Toggenburger eher unvorteilhaft ausfiel. Z'Graggen schildert den Ablauf der Verschwörung detailliert von den ersten Beratungen der Verschwörer über den Auftrag an die Täter, die genaue Ausführung der Tat, das Staatsbegräbnis und die jahrelang erfolglose Fahndung bis zur Denunziation eines Mitbeteiligten durch eine sexuell misshandelte Magd, worauf der Prozess ins Rollen kam und mit der Verhängung von Todes- und Vermögensstrafen endete. Dabei deckt der Verfasser auf, dass sich

die Urheber des Anschlags aus Trägern lokaler Ämter und somit aus der reformierten Oberschicht zusammensetzten, aus durchweg älteren, politisch erfahrenen Männern, welche jüngere Angehörige des gleichen Verwandtschaftsnetzes mit der Ausführung beauftragten.

Im zweiten, analytischen Teil arbeitet Z'Graggen die Hintergründe der Tat auf: Die Fürstäbte bemühten sich damals, das Verwaltungs- und Militärwesen zu modernisieren und die konfessionell gemischte Bevölkerung zu rekatholisieren; dies alles ging auf Kosten der verfassungsmässig verankerten Selbstverwaltungsrechte der Toggenburger und vor allem der Kompetenzen der einheimischen Amtsträger. Hans Ledergerw war der erste Nichttoggenburger in seinem Amt, und seine Kompetenzen wurden im Sinne vermehrter Kontrolle im militärischen und administrativen Bereich stark erweitert. Der Verfasser arbeitet die fürstäbtische Verwaltungs- und Militärreform sowie die Konfessionspolitik mit allen Massnahmen heraus, welche den Katholizismus stärken und den reformierten Einfluss eindämmen sollten. Dabei schreckten die Landesherren auch nicht vor gezieltem Unterlaufen der konfessionellen Abmachungen, ja vor obrigkeitlichen Vertragsbrüchen zurück. Auf seiten der Verschwörer erlebte man den obrigkeitlichen Druck als verstärkt; vor dem Hintergrund des Veltliner Mordes verbreitete sich eine allerdings hysterisch anmutende Angst; die reformierten Notabeln suchten Hilfe beim teils ebenfalls evangelischen Schirmort Glarus sowie in Zürich und sie denunzierten die fürstäbtische Herrschaft als Tyrannei, was die Repression durch die Obrigkeit weiter verschärfte. Der daraus resultierende Wattwiler Vertrag wurde als erneute Demütigung empfunden, weshalb Angehörige der reformierten Oberschicht zum Mord als Ultima ratio griffen. Das Verbrechen vermochte den ferneren Ausbau der Herrschaft allerdings nicht zu bremsen.

Z'Graggens Arbeit schliesst eine Lücke in der eidgenössischen Konfliktforschung. Sie zeugt von grossem Fleiss und profunder Sachkenntnis. Mangels Quellen arbeitet der Verfasser oft mit originellen Hypothesen, die er meist plausibel zu begründen vermag. Seine Sympathie für die evangelischen Obertoggenburger Notabeln und seine skeptische Haltung gegenüber der fürstäbtischen Regierung sind allerdings unübersehbar. Gelegentlich neigt er daher zu vereinfachender, auch leicht moralisierender Schwarzmalerei («gute» reformierte Toggenburger contra «böse» katholische Herrschaft) und verbaut sich dadurch gewisse Differenzierungen. So werden die Eigeninteressen der Oberschicht allzu stark als identisch mit den Interessen der breiten reformierten Bevölkerung gesetzt. Die katholischen Toggenburger und ihre Oberschicht werden kaum erwähnt, weil sie automatisch als Parteigänger der Fürstäbte eingestuft werden; dabei übersieht Z'Graggen deren dauernden Loyalitätskonflikt zwischen Anlehnung an die katholische Herrschaft und Solidarität mit den Autonomiebestrebungen, welche der ganzen Landschaft Toggenburg eigen waren; so sind die äbtischen Bestrebungen, fremde Katholiken einzubürgern, wohl vor allem am Widerstand der einheimischen Katholiken gescheitert. Insgesamt dürfte der Autor die konfessionellen Gegensätze gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Faktoren überbewerten, diente doch die Religion allen Beteiligten oft auch als blosse Ideologie, um andere Interessen zu kaschieren. Schliesslich wären die fürstäbtischen Anstrengungen, die Verwaltung zu straffen und regionale Sonderrechte zugunsten der Zentralisierung zu schmälern, stärker vor dem gesamteuropäischen Ausbau des

Absolutismus zu sehen, anstatt sie als regionale Besonderheit und damit als moralisch verwerflich darzustellen.

Diese kritischen Anmerkungen schmälern jedoch die unbestreitbaren Verdienste der vorgelegten Arbeit keineswegs. Sie sind eher als Anregungen für die weitere Forschung zu verstehen.

Max Baumann (Stilli AG)

GUY BEDOUELLE ET FRANÇOIS WALTER (EDS.) **HISTOIRE RELIGIEUSE DE LA SUISSE** LA PRESENCE DES CATHOLIQUES

EDITIONS UNIVERSITAIRES FRIBOURG SUISSE, EDITIONS DU CERF, PARIS 2000, 437 P., FF 288.–

Issu d'un colloque de la Fondation ambrosiana Paolo VI tenu à la villa Cagnola à la Gazzada près de Varese en 1994 sur l'Histoire religieuse de la Suisse, dont les Actes ont été publiés dès 1996 en italien, ce livre regroupe la traduction de plusieurs textes de cette édition et des contributions nouvelles. Il met l'accent sur la présence des catholiques dans un Etat fédéral à majorité protestante depuis la Réforme. Dans l'introduction, François Walter, professeur à l'Université de Genève, déclare vouloir faire une histoire non confessionnelle de l'Eglise et de la religion catholiques et apporter des éclairages nouveaux sur quelques aspects de l'insertion des catholiques dans la vie sociale et politique d'un Etat, unique en Europe et caractérisé depuis la fin du Moyen Age par l'autonomie des communautés de pays. Les archives ont été largement mises à contribution, notamment celles de la nonciature mais aussi celles des évêques du Tessin qui donnent lieu à une contribution originale de Carlo Cattaneo.

L'ouvrage contient des exposés généraux qui couvrent notamment l'histoire religieuse de la Suisse depuis les origines jusqu'au milieu ou la fin du Moyen Age dans les trois régions linguistiques. Guy Bedouelle propose ensuite une synthèse sur les catholiques face à la Réforme dans un pays où Zwingli a prêché une rupture radicale et où Calvin a organisé l'Eglise protestante. Claudia de Filippo Bareggi montre comment l'influence de Charles Borromée a aidé les catholiques à se ressaisir. Traitant des périodes plus récentes Fabrizio Panzera montre comment l'Eglise catholique traverse la période révolutionnaire et Philippe Chenaux présente un tableau du catholicisme entre deux âges de 1880 à 1920.

Plusieurs communications traitent de critique historiographique à propos des biographies de saint Nicolas de Flue ou de l'ouvrage de propagande de J. Crétineau-Joly sur la guerre du Sonderbund étudié par Francis Python. Victor Conzemius cherche à définir l'originalité du *Kulturkampf* suisse du 19e siècle.

Une grande partie de l'ouvrage concerne les relations du Saint-Siège et de la Suisse: après des études sur la nonciature de Lucerne aux 17e et 18e siècles, celles-ci sont analysées sous les pontificats de Léon XIII, Pie X et Benoît XV, période où elles sont suivies ou gérées par de fortes personnalités, les futurs cardinaux Czacki, Ferrata, Maglione et Marchetti Selvaggiani. L'accent mis sur les relations avec Rome est une ligne de clivage récurrente dans un monde où les grandes figures religieuses ne font pas défaut au 20e siècle comme l'attestent les biographies des principaux acteurs religieux du 20e siècle proposées à la fin de l'ouvrage: ainsi Hans Küng conteste le catholicisme, mais à l'opposé Hans Urs von Balthasar critique le complexe antiromain trop présent selon lui chez nombre de théologiens. La Suisse a vu naître les plus grands théologiens du 20e siècle, Karl Barth chez les protestants et Hans

Urs von Balthasar chez les catholiques, la théologienne visionnaire Adrienne von Speyr, le fondateur de Taizé Roger Schutz, le cardinal Charles Journet, opposant résolu au nazisme, ainsi qu'Otto Karrer et Albert Béguin. Elle a accueilli le grand exégète protestant Oscar Cullmann et a permis au saint prêtre neuchâtelois Maurice Zundel de répandre sa théologie mystique.

Dans sa postface Guy Bedouelle montre à juste titre que l'historien doit prendre en compte, dans son récit, le rayonnement de la sainteté personnelle et communautaire qui contribue à donner un sens à l'histoire humaine. Un livre important dont les apports sont variés et neufs.

Yves-Marie Hilaire (Lille)

STEFAN LAUBE
FEST, RELIGION UND ERINNERUNG
KONFESSIONELLES GEDÄCHTNIS IN BAYERN VON 1804 BIS 1917 (SCHRIFTENREIHE ZUR BAYERISCHEN LANDESGESCHICHTE, 118)

C. H. BECK, MÜNCHEN 1999, 440 S., DM 68.–

Mit der Ausbildung der theologischen Lehre vom Monotheismus und der Konstitution des Volkes Israel durch das erwählende Handeln Jahwes als Gemeinschaft mit einheitlichem Kult und Ethos erhalten auch dessen religiösen Feste eine betont erinnernd-anamnetische Bedeutung. Das kulturelle Gedächtnis stiftet so kollektive Identität in räumlicher und zeitlicher Hinsicht und wird gerade im feiernden Gedenken je neu aktualisiert. Das Christentum hat bei allen Divergenzen die Grundstrukturen dieses heilsgeschichtlichen Erinnerns übernommen. Der Verfasser möchte mit seiner Studie die Festreligiosität der beiden grossen christlichen Konfessionen im Königreich Bayern zwischen 1814 und 1917 vergleichend untersuchen und stellt sich so, was die Breite der Quellenzeugnisse und die Komplexität der methodischen und strukturellen Entwicklungen, die es hierbei zu berücksichtigen gilt, eine innovative Aufgabe. Das riesige Themengebiet verlangt von ihm nun eine – nicht unproblematische – Auswahl. Er möchte nicht die liturgischen Feste des Kirchenjahrs mit seinem Wochenzyklus und seiner heilsgeschichtlichen Grundstruktur, nicht die jährlichen Heiligenfeste und auch nicht die gerade im 19. Jahrhundert immer bedeutender werdenden neuen Andachtsformen untersuchen, da hier «der heilsgeschichtliche Kontext» vorherrschend sei, «die Dimension der historischen Erinnerung» hingegen «weitgehend verschwinde». (5) Vielmehr sollen katholischerseits die Jubiläen der Bistümer beziehungsweise der Diözesanpatrone – und im Laufe des Jahrhunderts die neu sich entwickelnden Papstjubiläen –, evangelischerseits hingegen die Reformationsgedenktage untersucht werden, Feiern also, die nur in grossen zeitlichen Abständen stattfinden. Das Kriterium einer Abgrenzung zwischen heilsgeschichtlicher und historischer Kommemoration überzeugt freilich nicht wirklich, zumal der Verfasser auch bei den von ihm behandelten Gedenkfeiern gerne von der Mythisierung des Historischen spricht. Auch stellt sich das grundlegende Problem, inwieweit die ausgewählten Jubiläen der beiden Konfessionen, die sich tatsächlich in ähnlichen zeitlichen Abständen wiederholen, wirklich vergleichbar sind. Bistumsjubiläen sind jedenfalls a priori konfessionell viel weniger brisant als Reformationsgedenktage, auch spiegeln sich zentrale Entwicklungskategorien, wie die ultramontane Umgestaltung des katholischen kirchlichen Lebens, in ihnen weniger als in anderen Frömmigkeitsformen.

Stefan Laube teilt seine Arbeit in fünf behandelte Abschnitte ein (1804–1830; 1840–1848; 1869–1881; 1883–1908; 1917). Diese werden jeweils getrennt für beide Kirchen unter drei zentralen Kategorien untersucht: Zunächst (I.) wird die Vorbereitung und Organisation der religiösen Feste behandelt, worin sich das in Formen der Kooperation und Abgrenzung wandelnde Verhältnis zwischen Kirche und Staat widerspiegelt. Während anfangs kirchlicherseits historische und verfassungsmässige Begründungen für eine staatliche Genehmigung notwendig waren, ist diese nach 1848 in der Regel kein Problem mehr. Lediglich die in der Kulturkampfzeit an Bedeutung gewinnenden Papstjubiläen bedurften, da sie nach dem Vereinsgesetz von 1850 keine «herkömmlichen Kirchenfeiern waren», einer besonderen – z. T. auch verweigerten – staatlichen Erlaubnis. Fragen der Initiative, auch die zunehmende Bedeutung des laienhaften Elements als Organisationsträger (Vereine, Festkomitees) kommen ebenso zur Sprache. Ein zweiter Abschnitt (II.) widmet sich jeweils der Festliturgie, besonders auch der anschaulichen Inszenierung und Dramaturgie des Festes, das die betreffende Stadt durch Schmuck u. ä. zur Bühne werden lässt. Im Laufe des Jahrhunderts ist hier ein Einbeziehen neuer technischer Möglichkeiten genauso wie eine Diversifizierung des Festprogramms zu konstatieren. Schliesslich wird jeweils (III.) durch die Analyse der gedruckten Predigten, Festreden und anderer Flugschriften der gedenkende Rückbezug auf die vergangenen Ereignisse und deren aktualisierende Beziehung auf die Gegenwart untersucht. Insbesondere in der evangelischen Kirche lässt sich ein immer stärkerer Nationalisierungsprozess konstatieren –, die 400jährigen Jubiläumsfeierlichkeiten 1917 sind ein besonders interessantes Kapitel der Arbeit. Während in Krisenzeiten die Konfessionen näher zusammenrückten, sind die Jahre 1840 bis 1848 und 1883–1918 als Höhepunkte konfessioneller Polemik zu begreifen. Das institutionelle Gewicht der Kirche hat nach Laube im 19. Jahrhundert eher zugenommen; das gesamte Jahrhundert steht unter dem Leitbegriff der Rekonfessionalisierung. Religiöse Gedenkfeiern werden so als rückwärtsgewandte Verarbeitungsstrategien des Modernisierungsprozesses interpretiert, die nicht nur zur Wahrung regionaler und historischer Identitätsstrukturen beitrugen, sondern den Kirchen auch ermöglichten, «christliche Inhalte vor der Auflösung infolge von Entkirchlichung und Säkularisierung» zu bewahren. (421)

Die – gerade in ihrer konfessionellen Vergleichbarkeit – nicht unproblematische Auswahl der Untersuchungsobjekte über einen sehr langen Zeitraum birgt immer wieder die Gefahr in sich, allgemein in der Geschichtsschreibung vertretene Thesen nicht genügend empirisch zu belegen und so nur von aussen heranzutragen (2 Predigten müssen etwa für das Jahr 1830 belegen, dass sich die evangelische Kirche mehr auf die Theologie zurückzog). Von der deutschen Kirchengeschichtsschreibung entwickelt der Autor ein Zerrbild: sie arbeite nur «theologisch» und «monokonfessionell», sei vorwiegend nur an Dogmen- und Institutionengeschichte interessiert und habe die Gesellschaft vergessen. (17) Einige kleinere Mängel: Heilige werden nicht «ernannt», (33) wurden in der Frühzeit auch nicht «heiliggesprochen». (34) Der Thesenanschlag Luthers wird fraglos als historisch angesehen, (119) obwohl er ein schönes Beispiel für die Mythisierungsthese des Verfassers gegeben hätte. Zur Albertus-Magnus-Denkmalseinweihung in Lauingen fehlt gerade das Hinausdrängen des Initiators, des Historikers J. N. Sepp, (258) durch die staatliche und kirchliche Seite, nicht zuletzt weil dieser

die vatikanischen Beschlüsse abgelehnt hatte. Waldsassen und Seligenthal sind keine Benediktinerklöster. (257) Der Prozess einer Ultramontanisierung der katholischen Kirche wird als ganzer nicht genügend berücksichtigt; zahlreiche Einzelphänomene hätten von dort her beleuchtet werden müssen.

Klaus Unterburger (München)

RENE REMOND
RELIGION ET SOCIETE EN EUROPE
ESSAI SUR LA SECULARISATION DES SOCIETES EUROPEENNES AUX 19E ET 20E SIECLES

SEUIL, PARIS 1998, 314 P., FF 130.–

RELIGION UND GESELLSCHAFT IN EUROPA
VON 1789 BIS ZUR GEGENWART

AUS DEM FRANZÖSISCHEN VON JOCHEN GRUBE, C. H. BECK, MÜNCHEN 2000, 304 S., FR. 54.–

La collection «Faire l'Europe» édite ses livres simultanément dans cinq langues européennes. La récente parution d'une traduction allemande est l'occasion de présenter l'excellente synthèse de René Rémond, parue en 1998, sur la sécularisation des sociétés européennes depuis 1789. L'ambition des éditeurs est de publier des textes clairs, et largement accessibles sur les principaux thèmes de l'histoire européenne. Dans le cas présent, ce pari est réussi.

D'emblée l'auteur précise qu'il n'a pas voulu écrire un livre d'histoire religieuse. Son champ d'observation se situe plutôt du côté des multiples relations entre les religions proprement dites et les sociétés politiques vouées à l'organisation de l'existence terrestre. Il essaie d'embrasser le phénomène religieux dans sa globalité, tout en se tenant à une acception restreinte du terme *religion,* défini comme système de croyance à un Dieu personnel, proposant une voie de salut aux personnes, enseignant une dogmatique et ayant donné naissance à des communautés stables. Il ne s'intéresse par conséquent pas aux formes individuelles de croyance, ni aux organisations parareligieuses (Eglise de scientologie par exemple), ni aux grandes idéologies «séculières», bien que celles-ci partagent – comme il le dit lui-même – plus d'une caractéristique avec les religions établies. Enfin, ce ne sont pas non plus les rapports juridiques et institutionnels entre Etats et Eglises qu'il privilégie, mais les relations entre le fait religieux et la société civile.

La question sous-jacente qui guide René Rémond à travers son essai est la suivante: est-il possible de trouver un sens à l'histoire mouvementée et souvent discontinue de ces relations? Pour y répondre, il se propose de vérifier la pertinence d'un lieu commun de l'historiographie, celui de la sécularisation progressive des sociétés européennes depuis la Révolution française. Le terme *sécularisation* est choisi avec soin. En effet, *déchristianisation, laïcisation, déconfessionnalisation* et *désétablissement* désignent chacun des phénomènes distincts, plus ou moins connotés d'un pays ou d'une langue à l'autre, alors que *sécularisation,* d'un usage international, semble être plus approprié pour caractériser le mouvement dans son ensemble. Si «déreligionisation» n'était pas un néologisme imprononçable, il serait encore plus adéquat.

Le processus de sécularisation commence bien avant 1789, mais on ne contredira pas l'auteur qui affirme que c'est la Révolution qui ouvre une brèche dans une Europe encore largement confessionnelle, organisée selon le principe de la religion d'Etat. Rémond distingue deux étapes majeures: la rupture entre l'Eglise et l'Etat et la séparation de la religion

d'avec la société. La première, appelée ici âge libéral de la sécularisation, marque le passage de l'Etat confessionnel à la neutralité de l'Etat en matière religieuse, c'est-à-dire l'avènement de la société civile (état civil, mariage civil, école publique etc.). Dans certains pays le processus commence très tôt et va très loin, le cas le plus extrême étant la France qui devient, avec la loi de Séparation de 1905, une république entièrement laïque. Cependant, la plupart des pays suivent une voie moins radicale. La tradition régalienne et les Eglises nationales ont encore de beaux jours devant elles, que ce soit dans les pays protestants (Angleterre, Scandinavie), catholiques (Espagne et Portugal) ou orthodoxes (Europe de l'Est). La «déreligionisation» de la société ou seconde étape du processus, à savoir la sécularisation des mœurs, la reconnaissance de la liberté religieuse par les Eglises et l'émancipation des communautés religieuses du pouvoir politique, est un phénomène qui touche essentiellement le 20e siècle et qui est loin d'être achevé.

Dans l'Europe de la fin du 20e siècle, des écarts sensibles dans les modalités d'organisation des rapports religion-société subsistent mais, selon l'auteur, ces différences seraient nettement moins prononcées qu'au début du siècle et ils auraient tendance à se réduire. Aujourd'hui les Etats admettent tous, du moins en principe, la séparation absolue entre les convictions religieuses personnelles et la citoyenneté. (291) De plus, la laïcité constitue un des éléments de l'entente entre les membres de l'Union européenne (293) et, en ce qui concerne les Eglises, celles-ci ont recouvré tout ou partie de l'autonomie dont elles s'étaient laissé déposséder. (241) Convient-il alors de parler de «modèle européen»? Dans le dernier chapitre du livre, qui fait office de conclusion, l'auteur répond par l'affirmative: «[…] il y a bien aujourd'hui une façon, à la fois commune aux peuples européens et originale par rapport au reste de l'univers, de régler les rapports religion-société.»

L'auteur, c'est une grande qualité, prend la liberté de faire des rapprochements originaux, souvent pertinents, parfois étonnants. L'ultramontanisme, pour prendre cet exemple, aurait été «le pendant catholique de ce que les Eglises de la Réforme ont connu avec le piétisme, à cette différence près que [Rome] en a toujours contrôlé de près les expressions». (128) Aujourd'hui, poursuit-il, «ce grand élan de piété populaire» serait probablement le mouvement charismatique qui connaît depuis les années 1970 un succès certain dans le catholicisme. Plus loin, il compare la Question romaine, qui paraissait longtemps insoluble, au problème de Jérusalem, revendiquée par les Israéliens et les Palestiniens. «Dans l'un et dans l'autre cas s'ajoute à la revendication proprement politique une donnée d'ordre religieux qui rend plus improbable encore sa résolution amiable.» (144)

La Suisse – c'est moins étonnant – occupe une place marginale dans ce livre, ce que reflète la bibliographie sommaire classée par pays qui n'indique que deux ouvrages parus en 1984 (Peter Stadler et Rudolf Pfister). L'article sur les évêchés dans la Constitution – dont Rémond annonce la suppression pour 1998 – qui donne à la Confédération le droit de veto à l'érection de nouveaux évêchés en Suisse, est cité pour illustrer la permanence de la tradition régalienne au 20e siècle en Europe. (117) L'article en question a cependant survécu à la révision de la Constitution de 1998, détail que l'auteur ne pouvait savoir lors de la parution du livre, mais qui n'a pas été rectifié dans la traduction par ailleurs soignée de Jochen Grube.

Faut-il s'étonner que la France occupe une place importante dans ce livre,

comme l'auteur le constate lui-même à la fin du volume? Admettant que l'exception française se réduit à la précocité de l'entrée en conflit avec le pouvoir religieux, il préfère parler d'une singularité catholique. Cette singularité réside dans l'institution pontificale qui confère à l'Eglise catholique romaine son unité et son universalité, alors que les autres confessions s'inscrivent toutes dans un cadre national. Ce raisonnement n'est pas sans fondement; rendons donc justice à un auteur qui, loin d'avoir fixé son regard sur l'Hexagone, est capable d'avoir une vision synthétique et de développer un sujet complexe dans la longue durée. Un ouvrage de vulgarisation dans le bon sens du terme, stimulant et digne d'un Académicien.

Jonas Römer (Berne)

DAVIDE DOSI
IL CATTOLICESIMO TICINESE E I FASCISMI
LA CHIESA E IL PARTITO CONSERVATORE TICINESE NEL PERIODO TRA LE DUE GUERRE MONDIALI

EDIZIONI UNIVERSITARIE, FRIBURGO (SVIZZERA) 1999, 254 P., FR. 39.–

L'histoire du Tessin dans l'Entre-deux-guerres a déjà fait l'objet de nombreux travaux, portant sur les relations avec l'Italie fasciste, sur la question de l'irrédentisme, sur le fascisme tessinois, sur la présence et le rôle des réfugiés antifascistes. Certains de ces travaux abordaient également le rôle de l'Eglise et des catholiques, sans en faire cependant leur objet d'étude prioritaire. C'est le mérite du riche mémoire de licence de Davide Tosi, présenté à l'Université de Fribourg, d'aborder pour la première fois directement cet objet de recherche. Pour ce faire, l'auteur s'est appuyé notamment sur les archives du Diocèse de Lugano et sur celles du Parti conservateur-démocratique tessinois (PCDT), mais sa source principale est constituée par la presse, principalement le *Popolo e Libertà,* organe officiel du PCDT, et le *Giornale del Popolo,* fondé en 1926 à l'initiative de l'évêque Aurelio Bacciarini.

Le travail est structuré en deux parties: la première aborde l'attitude des catholiques tessinois face au fascisme italien dans les années 1920; la deuxième étudie leur position dans les années 1930 à l'égard des mouvements nés au Tessin sous l'influence des fronts d'Outre-Gothard, voire du fascisme du colonel Fonjallaz. Le dernier chapitre analyse la position des catholiques face à la maçonnerie, le corporatisme et l'antisémitisme de marque allemande voire italienne (Lois raciales de 1938).

Deux axes de recherches principaux se dégagent, à notre avis, du travail de Dosi: le premier fait ressortir les positions souvent divergentes face au fascisme, entre le parti conservateur et son quotidien *Popolo e Libertà* d'une part, et l'Eglise et le *Giornale del Popolo* d'autre part. L'autre thématique porte sur le rôle d'un groupe de jeunes issus de la droite catholique, actif dès les années 1920, et qui animera dans les années 1930 les mouvements qui s'inspirent du frontisme et du fascisme.

Jusqu'à sa mort en 1932, Giuseppe Cattori est le chef incontesté des conservateurs-catholiques tessinois. En 1922, Cattori s'était allié avec le leader socialiste et ardent antifasciste Guglielmo Canevascini, ce qui avait permis aux deux partis minoritaires de mettre fin à la longue domination des libéraux-radicaux dans le gouvernement cantonal. Le tandem Cattori-Canevascini défend l'italianité du Tessin, tout en prônant une politique qui peut être qualifiée d'antifasciste,

et qui est remarquable notamment dans sa défense du droit d'asile en faveur des exilés politiques italiens. Le *Popolo e Libertà,* organe officiel du PCDT, que dirige jusqu'à sa mort en 1939 l'abbé Francesco Alberti, s'inspire de l'exemple de Don Luigi Sturzo, le fondateur en 1919 du premier parti des catholiques italiens (le PPI), contraint à l'exil en 1924 par le Vatican à cause de son antifascisme. Le journal condamne de façon ferme l'assassinat du député socialiste Matteotti par les fascistes, demande l'éloignement des fascistes italiens du Tessin, et s'il se réjouit en 1929 de la signature des Accords du Latran qui mettent fin à la «question romaine», il souligne cependant que des contrastes fondamentaux subsistent entre le fascisme et l'Eglise.

En 1926, l'évêque Bacciarini crée le *Giornale del Popolo,* quotidien catholique et porte-parole officiel de l'Eglise, dont il entend aussi faire un contrepoids à l'action trop engagée à ses yeux dans un sens antifasciste du *Popolo e Libertà*. Le nouveau journal, que dirige l'énergique abbé Alfredo Leber, se caractérise par une position compréhensive envers le fascisme italien qu'il se garde de critiquer, et salue avec enthousiasme la réconciliation entre l'Eglise et l'Etat fasciste. Comme le montrent les citations publiées par Dosi, le *Giornale del Popolo* exprime une évidente admiration pour les régimes de Dollfus et surtout de Salazar, et justifie sans nuances critiques les agissements de Franco lors de la guerre d'Espagne, allant jusqu'à excuser les bombardements sur les populations civiles. Comme le relève Dosi, ce n'est qu'à de rares occasions que les deux journaux des catholiques tessinois défendent une position commune, par exemple lorsqu'ils appuient l'initiative anti-maçonnique lancée par le colonel Fonjallaz en 1934 et qui sera rejetée par le peuple, y compris au Tessin, en 1937.

Le deuxième axe autour duquel s'articule la recherche de Dosi est constitué par l'action d'un groupe minoritaire de la droite catholique, dominé par la personnalité du patricien luganais Alfonso Riva, et que l'auteur qualifie à juste titre d'«intégriste». Dès 1925, ce groupe anime un bulletin périodique, *La Voce,* où paraît la même année un article à caractère antisémite, puis adhère en 1926 à l'organisation de la jeunesse du PCDT, la Guardia Luigi Rossi. Celle-ci tire son nom du jeune conseiller d'Etat conservateur assassiné en 1890 lors de l'insurrection des libéraux-radicaux. En 1930, Riva prend le «commandement» de l'organisation, à laquelle il imprime une allure que Giuseppe Cattori qualifiera de «caricature insensée du fascisme». Très critiques à l'égard du leader conservateur et de sa politique de collaboration avec les socialistes, Riva et ses amis entendent se servir de l'organisation des jeunes pour conquérir le contrôle du parti, voire du pouvoir politique au Tessin. Cette option rencontre la ferme opposition d'autres responsables des jeunes conservateurs, comme le futur conseiller fédéral Giuseppe Lepori, pour qui la Guardia Luigi Rossi doit rester soumise à la direction du PCDT. En juin 1933, Riva et ses amis sont mis en minorité, puis quittent les rangs du parti conservateur pour fonder peu après la Lega nazionale. Celle-ci, qui se veut un anti-parti, s'inspire en un premier temps du *Bund für Volk und Heimat,* mouvement né Outre-Gothard lors du *Printemps des fronts*. Elle recrute surtout à Lugano, notamment auprès d'hôteliers suisses allemands, et surtout auprès des petits commerçants, apeurés par l'arrivée au Tessin de la Migros de Duttweiler.

D'autres militants de la Guardia Luigi Rossi, qui ont quitté le mouvement avec Riva, choisissent cependant d'adhérer au fascisme suisse fondé en octobre 1933 par le colonel Fonjallaz: c'est le cas des deux

chefs du fascisme tessinois, Nino Rezzonico et Alberto Rossi. Le travail de Dosi montre donc – mais ceci avait déjà été relevé dans des travaux antérieurs – la filiation entre un courant de la Guardia Luigi Rossi et les mouvements tessinois d'extrême-droite du début des années '30. Le développement de ces mouvements reste cependant éphémère: la Lega nazionale parvient à obtenir deux sièges au Grand Conseil en 1935, alors que le fascisme de Rezzonico et Rossi connaît un déclin rapide après l'échec de la soi-disant «marche sur Bellinzone» de janvier 1934.

Dans son travail, Dosi parvient à la conclusion qu'en appuyant la Lega nazionale d'Alfonso Riva, l'église tessinoise et son porte-parole, le *Giornale del Popolo,* ont cherché à faire pression sur la direction du parti conservateur pour lui faire adopter un virage à droite et pour qu'il rompe l'alliance avec les socialistes de Canevascini. Cette pression a certainement contribué – mais ce n'est pas le seul facteur – à la décision prise par les responsables du PCDT en février 1934 de tenir compte de la poussée générale vers la droite et de mettre un terme à la collaboration avec les socialistes. A ce propos, Dosi cite une déclaration intéressante du président du parti, Attilio Tarchini (p. 137): «I tempi e gli orientamenti politici volgono a destra. Faremmo un errore se non fossimo tempisti: non dobbiamo contrariare il movimento che si delinea. Il partito socialista non può più essere nostro alleato.» En même temps, cependant, la direction du PCDT réaffirme l'incompatibilité entre l'appartenance au parti et l'adhésion à la Lega nazionale ou au mouvement fasciste. La nouvelle orientation du PCDT se concrétisera lors des élections de 1935, où les conservateurs concluent un pacte d'alliance avec les libéraux-radicaux. Le socialiste Canevascini sera tout de même réélu au gouvernement cantonal, où il sera cependant marginalisé.

Comme il le précise dans l'introduction, Davide Dosi a voulu délibérément écarter de sa recherche le rôle du conseiller fédéral Giuseppe Motta, parce qu'il ne rentrait pas dans son sujet d'étude et parce que cela l'aurait conduit à mettre l'accent sur la politique étrangère de la Suisse. Nous ne partageons pas cet avis et pensons qu'en excluant d'emblée l'influence du conseiller fédéral catholique, Dosi a laissé de côté un acteur non secondaire du monde catholique tessinois. On sait en effet que depuis Berne, Motta suivait avec une extrême attention l'activité de ses amis politiques au Tessin, comme nous avions cherché à le montrer dans notre thèse sur le Tessin pendant l'époque fasciste. Un constat analogue a été fait par Michela Trisconi dans son mémoire de licence consacré à Motta et à ses correspondants – que l'auteur n'a pas utilisé –, et qui met en évidence l'importance des échanges épistolaires entre le conseiller fédéral et l'évêque Aurelio Bacciarini. On sait aussi que Motta eut des contacts fréquents avec le rédacteur du *Giornale del Popolo,* Alfredo Leber. Il serait donc souhaitable que l'auteur, dans la poursuite de sa recherche sur le catholicisme tessinois et les fascismes qu'il annonce dans la conclusion de son travail, intègre mieux le rôle du conseiller fédéral de langue italienne ainsi que la bibliographie déjà existante sur le sujet.

Mauro Cerutti (Renens)

HANS PETER ULLMANN (HG.)
KATHOLIZISMUSFORSCHUNG
GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT. ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE SOZIALWISSENSCHAFT,. 26. JG., HEFT 1: JANUAR–MÄRZ 2000
VANDENHOECK & RUPPRECHT, GÖTTINGEN 2000, 196 S., FR. 31.–

Die Katholizismusforschung steht in Deutschland wie auch in der Schweiz hoch im Kurs. Fast regelmässig alle zwei Jahre erscheint in irgend einer historischen Zeitschrift ein Bericht über Neuveröffentlichungen, Tendenzen, Schwerpunkte und neue Aspekte der Forschung. Nur dass diese Literaturberichte, wenn sie publiziert werden, bei der Fülle der Neuerscheinungen meist schon überholt sind. Auch die erste Nummer der renommierten sozialhistorischen Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* für das Jahr 2000, welche die «Katholizismusforschung» zum Hauptgegenstand hat, bringt einen ausführlichen Forschungsbericht über Neuveröffentlichungen und neue theoretische Zugriffe aus der Feder des Düsseldorfer Historikers Karl-Egon Lönne. Obwohl auch für diesen Bericht gilt, dass er die neuere Literatur seit 1995 nur sporadisch erfasst hat und der Verfasser sich zudem auf Werke konzentriert, die sich dem Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert zuwenden, lohnt es sich dennoch, ihn zu lesen, und zwar auch deswegen, weil er nicht nur die einschlägigen Veröffentlichungen nennt, sondern auch die neuen Perspektiven und Interpretationsraster der Forschung vorstellt. Als übergreifender Deutungsrahmen wird das Phänomen der «Säkularisierung» genannt, die jedoch nicht als fortlaufender Prozess verstanden werden darf. Vielmehr sind weitere Begriffe wie Dechristianisierung, Rechristianisierung, Modernisierung und Verkirchlichung in das Deutungsmuster einzubeziehen. Als wichtigster Träger der Säkularisierung in Folge von Modernisierung erweist sich in der Forschung das Bürgertum, auch – und das ist neu – das katholische Bürgertum. Als Gegenbewegung zur Modernisierung erscheint im katholischen Bereich die Ultramontanisierung von Klerus und Kirchenvolk und die mit ihr verbundene Ausbildung des katholischen Milieus, wobei ein Teilaspekt dieses Milieus, die Vereinsbildung, einen besonderen Schwerpunkt heutiger Forschung bildet. Schliesslich wendet sich der Bericht einem Spezialthema zu: dem katholischen Antisemitismus und der bahnbrechenden Arbeit von Olaf Blaschke. So sehr Lönne die sozialgeschichtliche Betrachtung von religiösen und kirchlichen Gegenständen begrüsst, so weist er doch zugleich auf die Gefahr einer wertenden und undifferenzierten Betrachtungsweise hin.

Neben dem genannten Forschungsbericht findet sich in der Zeitschrift eine bemerkenswerte und wegweisende Studie von Olaf Blaschke zum Thema «Das 19. Jahrhundert: Ein Zweites Konfessionelles Zeitalter?» Hinter dem Titel steht zunächst die unleugbare Erkenntnis, dass es im 19. Jahrhundert zu einer wachsenden Konfessionalisierung gekommen ist. Das allein wäre für den Historiker, der sich mit religiösen Mentalitäten im 19. Jahrhundert befasst, nicht neu. Was neu ist an der These Blaschkes, ist die Feststellung, es habe sich nicht um irgend eine *Re*-Konfessionalisierung gehandelt, vielmehr um eine oder besser um die *Zweite* Konfessionalisierung, als deren einziger wirklicher Bezugspunkt die erste Konfessionalisierung im 16. Jahrhundert zu sehen ist. Die angeführten Argumente für diese These, die hier im einzelnen nicht referiert werden sollen, erscheinen weithin schlüssig. Allerdings scheint eine Perspektive zwar nicht völlig übersehen, aber doch etwas unterbelichtet, obwohl gerade sie – auch wenn sie nicht neu ist –

sehr viel zum Verständnis der neuen Konfessionalisierung, jedenfalls in Deutschland, beitragen könnte: Die Konfessionalisierung der deutschen Nation ging Hand in Hand mit der Nationalisierung der protestantischen Konfession. So sehr nämlich der Nationalismus des 19. Jahrhunderts eine Folge der Säkularisierung war, indem er an die Stelle der religiösen Werte die mit religiöser Inbrunst verehrte Nation, umgeben mit religiös anmutenden Riten und Symbolen stellte, so sehr modernisierte er andrerseits die Konfession und erfand in der Reformation begründete nationale Traditionen. Der Luthermythos wurde zu einer Art Ursprungsmythos des neuen Deutschen Reiches. Für Ranke war bereits die Reformation eine «nationale Bewegung» und «das wichtigste vaterländische Ereignis». Treitschke glaubte 1883 in seiner Rede «Luther und die deutsche Nation» anmerken zu müssen, erst wenn alle Deutschen protestantisch geworden seien, sei Deutschland vollendet. Luther selbst wurde – nicht nur vom Evangelischen Bund – zum Deutschesten aller Deutschen hochstilisiert und Parolen wurden ausgegeben, die etwa lauteten: «Deutsch ist protestantisch». Ähnliches findet sich bei den romanischen Nationen, die sich jetzt als «katholische Nationen» empfinden, ja, die «italienische Philosophie» (was immer dies meint) wurde von den römischen Jesuiten zur genuin katholischen Philosophie erklärt, weil sie italienisch war.

Belassen wir es bei dieser Anmerkung und wenden uns kurz den übrigen Beiträgen zu. Zu erwähnen ist vor allem der Überblick zum Thema «Die Rekatholisierung in deutschen Territorien im 16. und 17. Jahrhundert», auch wegen der angegebenen weiterführenden Literatur. So erfährt man etwa, was es mit der viel gerühmten *Pietas Austriaca* auf sich hatte. Wichtiger sind die Deutungsmuster. Hier folgt der Autor unter anderem der von W. Reinhard vorgetragenen und weithin rezipierten These von Modernisierung durch Sozialdisziplinierung. Sie dürfte für die deutschen Territorien (übrigens im Unterschied zu Italien!) Bestand haben. – Anregend ist der Beitrag von Eva Labouvie über «Geistliche Konkubinate auf dem Land» vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, und zwar in katholischen wie in evangelischen Pfarrhäusern. Es wird allerdings auch deutlich, dass zu dieser Thematik, zumal was den (nicht) gelebten katholischen Zölibat anlangt, noch immer gediegene Untersuchungen fehlen. Beachtenswert ist die auch aus italienischen und spanischen Quellen bekannte Tatsache, dass das katholische Pfarrvolk Konkubinat und seelsorgerische Betreuung durchaus vereinbar fand. Man trennte zwischen Amt und Person. Dies änderte sich – das war das neuzeitlich Neue – mit zunehmender «Versittlichung» der Laien. Bleibt übrig, die sonstigen Beiträge zu erwähnen. Nicht uninteressant ist die Analyse der bisher erschienen Jahrgänge der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* durch Lutz Raphael. Nur *ein* bezeichnendes Ergebnis sei herausgegriffen. Obwohl mit Wolfgang Schieder ein Italienfachmann zum Herausgebergremium gehört, ist Italien in den Aufsätzen der Zeitschrift kaum vertreten. Um so mehr ist zu begrüssen, dass sich die zweite Nummer des Jahres 2000 speziell diesem Thema widmet. Schliesslich sei auf die in der Zeitschrift geführte Diskussion zwischen Sigrid Meuschel und Detlef Pollack zur Struktur der DDR-Gesellschaft hingewiesen.

Otto Weiss (Wien)

ALEXANDRA BINNENKADE
STURMZEIT
DIE EVANGELISCH-REFORMIERTE LANDESKIRCHE DES KANTONS AARGAU ZWISCHEN 1933 UND 1948

VERLAG HIER + JETZT, BADEN 1999, 111 S., 30 ABB., FR. 24.–

Als «Sturmzeit» wird die Befindlichkeit der Schweiz in einer Zeit wirtschaftlicher und politischer Spannungen in den Worten des aargauischen reformierten Kirchenrats im Jahre 1933 bildlich zum Ausdruck gebracht. Die im Auftrag der Evangelisch-Reformierten Landeskirche des Kantons Aargau entstandene regionale Untersuchung der Historikerin Alexandra Binnenkade zu den Jahren zwischen 1933 und 1948 geht der Leitfrage nach, in welchem Kontext Verantwortliche und Angehörige der reformierten Kirche im Aargau in dieser «Sturmzeit» gedacht und gehandelt, ihre geistige Ausrichtung bestimmt haben. Basierend auf einer Vielfalt von Quellen nähert sie sich auf drei Untersuchungsebenen dem Thema: anhand der erkennbaren institutionellen Veränderungen, den innerkirchlichen Debatten und dem Engagement der Kirche im Bereich der Flüchtlings- und Nachkriegshilfe.

Die Autorin steckt zu Beginn den Rahmen ab, der für die reformierten Pfarrer und Kirchenverantwortlichen in diesen Jahren handlungsrelevant war: die «geistige Landesverteidigung», der Feldpredigerdienst, der Richtungsstreit, das Verhältnis zur katholischen Kirche und die Reaktionen auf rechtsgerichtete Kreise. Deutlich erkennbar wird, dass die durch diese Bereiche (vor)strukturierten mentalen und emotionalen Dispositionen der Verantwortlichen auch das Verständnis und das Verhalten gegenüber Flüchtlingen und Fremden prägten, wie dann im Hauptteil unter dem Titel «Feuerherzen» deutlich wird. Ein Fazit der Untersuchung lautet, dass auch nach 1933 kaum Interesse am ausserkirchlichen Alltag und tagespolitischen Geschehen bestand. Der Krieg – und vor allem auch die damit verbundene jüdische Flüchtlingsproblematik – wurden generell ausgeblendet, während die aargauische Flüchtlingshilfe hauptsächlich den Menschen eigener Konfession zugute kam. Und trotz politisch heterogener individueller Haltungen in der Flüchtlingspolitik, war die vorwiegend antinationalsozialistische und deutschfeindliche Gesinnung keineswegs mit einer judenfreundlichen Haltung gleichzusetzen.

Die im Hauptteil des Buchs aufgegriffene Frage nach der Fremdwahrnehmung von und dem Umgang mit polnischen Internierten und jüdischen Flüchtlingen ist insofern von Aktualität, als die Autorin die komplexen Mechanismen und Konsequenzen von (antisemitischen) Stereotypisierungen und Diskriminierungen exemplarisch herausarbeitet. Ersichtlich wird darin etwa die «doppelt gewollte Isolation» vor allem der jüdischen Flüchtlinge: sowohl seitens der Behörden, welche die Flüchtlingslager bewusst gegen die Umgebung abschotteten, als auch seitens der einheimischen Anwohner, die erst gar nicht mit den Fremden Kontakt suchten. Ebenso existierte auch im Aargau die weitverbreitete Vorstellung des «selbstverschuldeten Antisemitismus» – wenn etwa die weiblichen jüdischen Flüchtlinge angehalten wurden, sich möglichst unauffällig zu präsentieren und zu verhalten, um nicht die Missgunst der Bevölkerung auf sich zu ziehen. Bei beiden Gruppierungen bestand insofern eine «strukturelle Parallele», als Phantasien über polnische Soldaten und die Abwehrhaltung im Reden über jüdische Flüchtlinge an Bilder von Sexualität geknüpft waren. Daraus entstand vor allem für die weiblichen Flüchtlinge eine «doppelte Diskriminierung» in ihrer Identität

als Jüdinnen und Frauen. (66) Die Beispiele verdeutlichen, dass Antisemitismus immer auch als eine Sprache zu entschlüsseln ist, durch die eine Gesellschaft sich über sich selbst und ihre Geschichte verständigt, und in der soziale Gemeinschaft und Ausschlussmechanismen verfestigt werden.

Besonders spannend liest sich das Kapitel über das Flüchtlingslager Hasenberg. Anhand von seltenen Quellen – wie etwa Aufsatz und Zeichnung eines zwölfjährigen Pfarrersohns nach dem dortigen Besuch im Jahre 1943 – macht die Autorin die unterschiedlichen Perspektiven von schweizerischen ZeitzeugInnen auf das Lager erkennbar. Die Sicht des Jungen etwa liest sich als eine seltene Stimme, war doch der Zugang zu den Lagern für Aussenstehende so gut wie unmöglich. Darin wird deutlich, dass der Besuch des Lagers ein mühsames Überwinden von (auch symbolischen) Hürden und das Betreten eines fremden Territoriums bedeutete. Die internierten Flüchtlinge verkörperten stellvertretend «eine Welt im Ausnahmezustand». (70) Der unmittelbare Kontakt mit den Flüchtlingen seitens einzelner Kirchenangehöriger konnte aber auch einen Einstellungswandel hin zu einem politischen und humanitären Denken bewirken, wie anhand des Beispiels des Pfarrers Emil Oelhafen gezeigt wird.

Ebenso wichtig ist der geschlechtsspezifische Blick im Kapitel «Informelle Frauenarbeit und Kriegswirtschaft» bezüglich Fragen wie dem «Mehreinsatz der Schweizer Frauen» im kirchlichen Bereich oder des Stimm- und Wahlrechts in Kirchenangelegenheiten. Generell kommt die Autorin hinsichtlich der Rolle der Frauen in diesem Zeitraum zum Schluss, dass es nicht nur ihre Aufgabe war, «aus patriotischer Selbstverständlichkeit unsichtbar und unverdankt volkswirtschaftliche Löcher zu stopfen. Die Schweizerinnen sollten durch die emotionale Motivation der Soldaten Verantwortung für die Wehrbereitschaft übernehmen. Die primär männlich gedachte, abwehrbereite Schweizer Réduit-Gesellschaft wies ihnen einen Platz an der sogenannten inneren Front zu.» (76)

Die breite Themenwahl, die Stimmenvielfalt und die «Verbildlichung» anhand der Analyse der damaligen Rhetorik, aber ebenso durch eine sorgfältige Illustration lässt die Darstellung zu einem lebendigen Bericht werden. Ausgehend von dieser regionalen Studie steht aber noch immer die Vertiefung verschiedener Themenkomplexe aus, die aufgrund des knappen Umfangs des Auftragswerks nicht ausführlicher behandelt werden konnten: die grundsätzliche Militarisierung der Gesellschaft bis in den kirchlichen Bereich hinein; eine Vertiefung von *gender*-spezifischen Fragen auch hinsichtlich der Wechselwirkung von Kategorien wie Geschlecht und Religion (– und damit auch eine Differenzierung vom Bild «der Frau»). Auch weitere Regionalstudien wären für diesen Zeitraum wünschenswert. Zudem müssten gerade im kirchlichen Kontext vermehrt die Stimmen der betroffenen Flüchtlinge einbezogen werden – schliesslich waren sie es, welche die Handlungen und Denkweisen auch der kirchlichen Akteure zu spüren bekamen.

Das humanitäre Engagement einzelner Menschen in den reformierten Aargauer Kreisen wird von der Autorin sorgfältig herausgearbeitet. Aber trotz des Wissens um die Notlage gerade auch der jüdischen Flüchtlinge wurde nur minimal gehandelt. So gilt denn auch zu guter Letzt für die hier ins Blickfeld genommene Institution und ihre Mitglieder während dieser kritischen Jahre, was der ehemalige SIG-Präsident Rolf Bloch einmal hinsichtlich des schweizerischen Staats für diese Zeit aussprach: dass die

Schweiz zwar nicht schlechter gehandelt hätte als vergleichbar andere, aber eben auch nicht genügend besser.

Barbara Lüthi (Basel)

FARHAD KHOSROKHAVAR, OLIVIER ROY
IRAN: COMMENT SORTIR D'UNE REVOLUTION RELIGIEUSE
SEUIL, PARIS 1999, 287 P., FF 130.–

GUDRUN KRÄMER
GOTTES STAAT ALS REPUBLIK
REFLEXIONEN ZEITGENÖSSISCHER MUSLIME ZU ISLAM, MENSCHENRECHTEN UND DEMOKRATIE (STUDIEN ZU ETHNIZITÄT, MENSCHENRECHTEN UND DEMOKRATIE, BD. 1)
NOMOS, BADEN-BADEN 1999, 362 S., FR. 89.–

Entgegen teils hysterischen Befürchtungen im Westen wurde das islamistische Schlagwort, Islam sei Religion und Staat, bisher nur in einem einzigen Fall in die Realität umgesetzt. Doch gerade Iran befindet sich 22 Jahre nach der islamischen Revolution und der praktischen Anwendung von Khomeinis Konzept der «Herrschaft des Religionsgelehrten» in einer tiefen Sinnkrise. Manche Beobachter erklären den politischen Islam bereits für gescheitert. Auch der Soziologe Khosrokhavar und der Politologe Roy formulieren gleich im Vorwort ihres Buches die Prämisse, der Machtbesitz habe zu einer schleichenden Säkularisation geführt und Iran befinde sich heute im Stadium des «Postislamismus». Um dies zu belegen, entwerfen sie ein wahres Panoptikum der iranischen Gesellschaft und ihrer Entwicklung seit 1979. Nachdem die Gründe der Revolution, wie der radikale soziale und wirtschaftliche Wandel seit dem Ölboom sowie ihre Phasen von der Herrschaft Khomeinis über die Präsidentschaft Rafsandjanis bis zur Wahl des Reformers Khatami referiert wurden, kommen die Autoren rasch auf ihr Grundthema – den durch die eigene Revolution zutiefst erschütterten Islam. Dessen Krise beginnt beim klerikalen Establishment, da die religiösen Autoritäten neben Khomeini kaltgestellt wurden oder apolitisch sind, während die an der Macht befindlichen Mullas wenig theologische Reputation besitzen. Nicht hochrangige Ayatollahs, sondern der nicht zu ihrem Kreis gehörende, aber von Khomeini eingesetzte Geistige Führer Khamenei und ein von ihm ernannter Rat bestimmen heute, was islamisch ist und was nicht. Der mittlere Klerus wurde durch Postenvergabe quasi verstaatlicht und die Verbindung zu den schiitischen Zentren ausserhalb Irans (zum Beispiel im Irak) ist gestört. Schlimmer noch – die Politisierung der Religion führte zu einem Verlust an Transzendenz, weshalb iranische Moscheen oft leerer sind, als solche in Istanbul oder den *banlieux* von Paris. Religion (nicht Glaube!) wird von Teilen der Bevölkerung mit dem Staat gleichgesetzt und für dessen Fehler behaftet.

Die intellektuelle Opposition, teils Laien, teils reformwillige Kleriker, stellt das Primat des Islam nun keineswegs in Frage, sondern sucht den Ausweg im Konzept einer «religiösen Bürgergesellschaft». Das Autorenduo untersucht detailliert die vorhandenen Ansätze, deren Kritik die Methodik westlicher Philosophie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verwendet, jedoch aus einem spezifisch islamischen Verständnis argumentiert und anknüpfend an iranische Traditionen. Konsens besteht v. a. darüber, dass vor der absoluten Souveränität Gottes alle Menschen gleich sind, weshalb die herrschenden Religionsexperten durch Wahlen legitimiert sein müssen.

Die restlichen Kapitel des Buchs untermauern seine Kernthesen anhand ausgewählter Bereiche, etwa des gesellschaftlichen Wandels, der Gegenüberstellung von Individuum und öffentlichem Raum oder der Kultur als Spiegel der Wertekrise. Besonders gelungen scheinen mir die Passagen zu Frauen und Jugendlichen. Iran besitzt eine sehr aktive Frauenbewegung, innerhalb derer einzelne Gruppen mit explizit islamistischen Argumenten für ihre Sache kämpfen und die Frauenfrage so zu einem zentralen Element des neofundamentalistischen Diskurses machten. Unzufriedenheit prägt dagegen die Haltung der Jugend, die in einer Welt der Verbote lebt. Die schweigende Mehrheit verhält sich unpolitisch aber aufmüpfig; man zieht sich zurück und tut im Privaten, was untersagt ist. Glaube in der verstaatlichten Form wird abgelehnt, da man Religion und Moral als getrennte Instanzen erlebt. Als Ventil religiöser Bedürfnisse dienen oft Strömungen wie die islamische Mystik (Sufik). Doch auch die islamistische Minderheit der Jugend ist tief verbittert, da die von ihr beanspruchte Avantgarderolle in der Bevölkerung nicht anerkannt wird.

Letztlich ist trotz vielfach bestechender Analyse jedoch zu fragen, ob und inwieweit reformistische (sprich «postislamistische») Kräfte die Zukunft Irans bestimmen werden. Einige der zitierten Oppositionellen befinden sich heute in Haft, und das Geschehen um die jüngsten Wahlen zeigt, dass die Konservativen bei schwindendem Einfluss noch sehr präsent sind. Hier hat die Realität das Buch bereits überholt.

Mit den Vorstellungen sunnitischer Muslime zu Machtmanagement und Religion beschäftigt sich die Habilitationsschrift der Islamwissenschaftlerin G. Krämer. Da das klerikale Element der Schia wegfällt, kreist dort die Debatte vor allem um die Anwendung der Scharia, des göttlichen Gesetzes, beziehungsweise um die Schura, die vom Koran geforderte Beratung der Muslime, als Grundlagen politischer Ordnung. Vom Verständnis dieser Zentralbegriffe hängt die Beurteilung weiterer Werte wie Demokratie, Pluralismus, Universalität der Menschenrechte usw. ab. Modernisten etwa unterscheiden zwischen festen und beweglichen Elementen der Scharia, die es zulassen, sie dem Gemeinwohl, das heisst den herrschenden Zeitumständen, anzupassen. Schärfer als ihre konservativen Widersacher trennen jene Denker zudem zwischen Gottesgesetz (Scharia) und dessen Auslegung durch Menschen (Fiqh). Die praktischen Folgen einer solchen Sichtweise zeigt die Autorin im Hauptteil ihrer Schrift anhand der Diskussion über politische Grundwerte wie Souveränität oder Verantwortung und Partizipation der Bürger sowie über die wichtigsten Grundrechte auf. Beim Staat zum Beispiel ist stets der Zweck (Durchsetzung des Gottesgebots) und nicht die Organisationsform ins Zentrum gerückt, weshalb verschiedene Modelle denkbar sind. Unterschiedlichste Ansichten bestehen über das erlaubte Mass an Pluralismus, Opposition und Widerstandsrecht. Das Schura-Prinzip wird heute durchgehend gefordert, wobei Auswahl und Kompetenz des Ratsgremiums strittig sind. Am kontroversesten bleibt die Frage der Menschenrechte. Zwar lautet die Standardformel, der Islam habe jene lange vor dem Westen verwirklicht, da sie dem Menschen von Gott verliehen (also nicht angeboren) seien, doch stossen hier selbst Modernisten rasch an Grenzen – Apostasie, um ein Extrembeispiel zu nennen, wird niemals als Glaubensfreiheit toleriert.

Im Anschluss an die Schilderung dieses allgemeinen Diskurses (Kap. 1–6) stellt die Autorin repräsentative Denker und Exponenten moderner islamistischer

Bewegungen wie der Muslimbruderschaft separat vor. Sie analysiert und vergleicht deren Schriften, wobei sie diachron vorgeht (Kap. 7–9 und Anhang). Die meisten Konzepte weisen die Verantwortung für die Durchsetzung der Scharia dem Einzelnen zu, gemäss seinen Möglichkeiten. Nicht Religionsgelehrte wie in Iran, sondern die Gemeinschaft wird so zum Garanten des Gesetzes, Herrschaft zum Vertragsverhältnis zwischen Volk und Regierung. Die geistige Elite des sunnitischen Islam, so das Hauptergebnis der Studie, bejaht zwar durchaus demokratische Grundprinzipien, nicht jedoch Liberalität im westlichen Sinne, die an religiösen Grundfesten, wie dem Universalanspruch der Scharia, rütteln könnte.

Insgesamt gelingt es Frau Krämer, die ebenso komplexe wie vielfältige Wertediskussion im zeitgenössischen Islam anschaulich und dem Aussenstehenden gut verständlich darzustellen, wozu auch ein mustergültiges Glossar beiträgt. Ihr Fazit, dass der politische Islam nicht am Ende sei, sondern sich ganz im Gegenteil erst in der «Versuchsphase» befinde, überzeugt weitaus mehr, als das «post-islamistische» Konstrukt ihrer französischen Kollegen.

Clemens P. Sidorko (Basel)

ALLGEMEINE BESPRECHUNGEN COMPTES RENDUS GENERAUX

SUSANNA BURGHARTZ
ZEITEN DER REINHEIT – ORTE DER UNZUCHT
EHE UND SEXUALITÄT WÄHREND DER FRÜHEN NEUZEIT

FERDINAND SCHÖNINGH, PADERBORN 1999, 330 S., 30 ABB., FR. 81.–

Wer neuere sozialhistorische Arbeiten zum Wandel der Geschlechterverhältnisse verfolgt, wird schnell feststellen können, dass sich mit ihr inzwischen eine Disziplin etabliert hat, die schon heute der Geschichtsforschung wesentliche Anregungen hat geben können. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass sie sich nicht vom allgemeinen methodischen und begrifflichen Diskurs abgekoppelt hat, sondern auf ihm fusst und ihn durch erweiterte Perspektiven befruchtet. Dies kann in ganz besonderem Masse für die vorliegende Arbeit gelten, die keineswegs nur als ehegeschichtliche Spezialuntersuchung verstanden werden darf, sondern vor allem als Beitrag zu den Ordnungsvorstellungen der frühneuzeitlichen Gesellschaft, namentlich der Stadt, vor dem Hintergrund der kirchlichen Reformation. Zu erfassen war dabei die in Ehegerichtsordnungen und theoretischen Schriften kondensierte Ideologie der Reformatoren, die in den seit 1529 geführten Protokollen des Basler Ehegerichts festgehaltenen Konfliktsituationen der von der Reformation erfassten Bevölkerung und schliesslich die Anzeichen einer Umsetzung der normativen Vorgaben in der häuslichen Lebenswelt. Besonders war darauf zu achten, welche sich wandelnde Rolle das angesprochene Ehegericht im Rahmen dieses historischen Prozesses einnahm und inwieweit sich die reformatorischen Ordnungsvorstellungen in der forensischen Praxis widerspiegelten, inwieweit sich eine Wertorientierung der an der Rechtsprechung beteiligten Personen ausmachen lässt, durch welche die konkret vorliegenden Konflikte transzendiert wurden. Es ist dies letztlich die alte, in der rechtsgeschichtlichen und -theoretischen Forschung stets neu aufgeworfene Frage nach den Beurteilungsmassstäben, dem Vorverständnis und Interessenlagen der Richter, die bloss zu subsumieren vermeinen, in Wirklichkeit aber einer persönlichen oder einer dem Zeitgeist entsprechenden ideologischen Konzeption zum Durchbruch verhelfen wollen. Eine günstige Quellensituation – kontinuierlich geführte und vollständig überlieferte Gerichtsprotokolle – versprach dabei tragfähige Ergebnisse.

Bereits mit ihrer 1990 veröffentlichten Basler Dissertation unter dem Titel *Leib, Ehre und Gut. Delinquenz in Zürich Ende des 14. Jahrhunderts* hat die Autorin anhand des quantitativ ausgewerteten Zürcher Quellenmaterials belegen können, dass das angesprochene Ratsgericht nicht nach einem modernen Verständnis als Instrument zur Kriminalisierung oder Disziplinierung devianten Verhaltens verstanden werden kann, sondern nur als Ort zur Konfliktregulierung und zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens. Auf diesen Erkenntnissen konnte sie nun aufbauen und die weitergehende Frage danach stellen, inwieweit das reformatorische Verständnis der Gesellschaft bei der Anwendung eherechtlicher Normen einwirkte und die Konfliktregelung dem Ergebnis nach festlegte. Als erkenntnis-

leitende These dient ihr dabei die Vorstellung einer obrigkeitlichen Ehepolitik, die sich von der reformatorischen Forderung nach einer Reinigung der Gesellschaft leiten liess, und in diesem Zusammenhang der Ehe die Funktion eines Mittels zur (Wieder-)Herstellung der sexuellen Ordnung zuerkannte. (13, 71) Das in einem permanenten Prozess zu verwirklichende Reinheitskonzept, vielfach anhand des *sola-scriptura*-Prinzips diskutiert, musste sich vor allem in der Institution der Ehe zeigen, die geradezu als Hort geschlechtlicher Reinheit definiert wurde. In diese Richtung zielte auch der theologische Reinheitsdiskurs der Zeit, für den Basler Raum namentlich Heinrich Bullingers und Ulrich Zwinglis. Mit den neuen Ehegerichten in den Städten wurden Instrumente eingeführt, durch die in Zusammenwirken mit dem obrigkeitlichen Reformdenken die theologische Konzeption durchgesetzt werden konnte. Es zeigte sich anhand der – wesentlich auf der Ehegerichtsordnung von 1533 basierenden – Basler Ehegerichtspraxis, dass die Durchsetzung der reformatorischen Ideologie zwar zu einer deutlichen Abscheidung ausserehelicher Sexualität von den in der Ehe erlaubten geschlechtlichen Verwirklichungsformen führte, dass es dabei aber doch zu einer Aufwertung der innerehelichen Sexualität kam, die auch den Frauen die Chance zur Durchsetzung ihrer Eheansprüche gegenüber den Männern gab. Erst der durch die zunehmende Konfessionalisierung einsetzende «Unzuchtsdiskurs» hat den Ausgrenzungs- und Pönalisierungsforderungen zum Durchbruch verholfen. Inwieweit allerdings die Tendenz zur Konfessionalisierung im 16. und 17. Jahrhundert zum eigentlichen Motor der Entwicklung wurde, die konfessionelle Konkurrenz also zur Zuspitzung der normativen Regelungen und der alltagspraktischen Konsequenzen führte, (23 f.) müsste anhand paralleler Analysen zur forensischen Praxis altgläubiger städtischer Ehegerichte und anhand des einschlägigen theologischen und juristischen Diskurses noch näher ermittelt werden. Dass die Frontstellung zum katholischen Pflichtzölibat der neuen reformatorischen Ehetheologie und -praxis ein erhebliches Integrationspotential freisetzte, das mit zunehmender Etablierung reformierter Kirchen und Obrigkeiten und unter anhaltender konfessioneller Konkurrenz eher zu einer Betonung von Ab- und Ausgrenzungen mutierte, (287 f.) erscheint indes vor dem Hintergrund der vorgeführten Quellen durchaus wahrscheinlich.

In ihrer systematisch aufgebauten Arbeit geht die Autorin nach einer allgemeine Fragen des theologischen und städtischen Diskurses sowie der spezifischen Basler Verhältnisse ansprechenden Einleitung zunächst dem Ehe-, Sexualitäts- und Geschlechterdiskurs in der Reformationszeit überhaupt nach (vor allem anhand der Beiträge Zwinglis, Erasmus', Stephan Störs und Heinrich Bullingers). In den folgenden Abschnitten geht es um die Wandlung der eherechtlichen Normen, um das Basler Ehegericht als Institution. Erst vor dem Hintergrund dieser, nahezu die Hälfte des Bandes beanspruchenden, grundsätzlichen Erwägungen konnte die Autorin in drei weiteren Abschnitten den drei hauptsächlichen Fallgruppen nachgehen, anhand derer sich der Wandlungsprozess demonstrieren liess: Den Konflikten um das Eheversprechen, um die Scheidungsfälle sowie um die erlaubten beziehungsweise verpönten sexuellen Praktiken. In einem ausserordentlich gehaltreichen, zusammenfassenden Schlusskapitel gelingt es der Autorin, den Ehediskurs noch einmal in den grösseren Zusammenhang des reformatorischen Ordnungsdenkens zu stellen. Nicht nur hier, sondern immer wieder im Rahmen ihrer Einzelanalysen, kann die

Autorin deutlich machen, dass die vor Gericht diskutierten Fragen des Geschlechterverhältnisses die gesamte Gesellschaft betrafen. Der Ehediskurs war ein Ordnungsdiskurs, und in der Ehe selbst wurde die soziale Ordnung der Gesellschaft garantiert.

Es macht die Stärke der vorliegenden Arbeit aus, dass sie sich nicht in den Einzelheiten der dem Gericht vorgetragenen Einzelfälle verliert, sondern diese stets in den grösseren Rahmen der zeitgenössischen Reinheits- und Reformdiskurse stellt und entsprechend bewertet. Dass die Autorin daneben der sozialhistorischen Forschung auch zahlreiche Einzelergebnisse zur Geschlechterdifferenz in der Frühneuzeit – etwa zur kulturellen Konstruktion von Geschlecht und zur Wandlung stereotyper Vorstellungen – beisteuern konnte, mag nur ergänzend und unspezifiziert bemerkt werden. Für den Leser und die Leserin wohltuend erweist sich auch die geschickte Verbindung quantifizierender mit qualitativen Aussagen; beide ergänzen sich und verhelfen zur emotionalen Nähe und zum «Mitleiden» ebenso wie zur wissenschaftlichen Distanz und Abstraktion. Dass der Rezensent als Rechtshistoriker sich ein die wesentlichen Problembereiche erfassendes Sachregister gewünscht hätte, mag die Autorin ihm nachsehen. Ansonsten hat er keine Mängel juristischer Begrifflichkeit ausfindig machen können, im Gegenteil: Die vorliegende Monographie ist als wesentlicher sozial- und rechtshistorischer Beitrag zum Verständnis der frühneuzeitlichen Ordnungsvorstellungen und ihrer obrigkeitlichen Umsetzung zu werten.

J. Friedrich Battenberg (Darmstadt)

SIMON TEUSCHER
BEKANNTE – KLIENTEN – VERWANDTE
SOZIABILITÄT UND POLITIK IN DER STADT BERN UM 1500

BÖHLAU, KÖLN, WEIMAR, WIEN 1998, 315 S., FR. 88.–

A travers l'étude des formes et des modes de fonctionnement des relations entre individus, Simon Teuscher analyse dans cet ouvrage leur pertinence et leurs effets sur l'organisation de la vie commune et politique. Les interactions entre individus sont ici privilégiées non pas uniquement dans leur déroulement mais dans les implications qu'elles peuvent avoir à l'intérieur et à l'extérieur du groupe. Cette problématique, dépassant les travaux consacrés principalement à la sphère privée, s'inscrit dans l'historiographie marquée notamment par les réflexions d'Otto Gerhard Oexle, Gerd Althoff, et pour l'historiographie suisse par les travaux de Roger Sablonier ou encore d'Hans-Jörg Gilomen. La base documentaire de cette recherche est bien évidemment composite, étant impossible de fonder une telle réflexion sur une source unique: ce sont aussi bien des documents normatifs (statuts, règlements) que des témoignages relevant de la pratique (correspondance privée, procès-verbaux d'interrogatoire) qui sont confrontés. Si ce conglomérat de sources offre des angles d'approche différents, la part importante des documents produits dans les chancelleries privilégient certainement une strate sociale, en particulier les membres des conseils, comme le souligne par ailleurs l'auteur. La thématique de cette recherche donne ainsi un nouveau souffle aux recherches historiques consacrées au Moyen Age bernois, qui avaient jusque là privilégié l'histoire institutionnelle de la ville. C'est avec une grande rigueur méthodologique que Simon Teuscher mène son étude, en

organisant sa réflexion autour de cas concrets dont il dégage à chaque étape les mécanismes en jeu.

La famille au sens étroit (parents – enfants – époux) constitue le premier groupe analysé. Si ce noyau familial n'a pas de correspondance linguistique précise dans les sources bernoises des années 1500, il n'en conserve pas moins tout son sens. La subordination parents-enfants, ainsi que l'autorité paternelle restent une des constantes des rapports, mais les années passant les liens de dépendance entre eux peuvent s'inverser. Pourtant ce noyau familial restreint ne se referme pas sur lui-même car à l'occasion de conflits, ce sont des appuis extérieurs qui entrent en jeu. De même, lors des contrats de mariage ou lors de décisions relatives aux cursus professionnels ou politiques, les personnes extérieures au noyau restreint sont impliquées. La place significative de la femme ressort notamment dans ses interventions pour la gestion de certaines affaires, mais toujours selon les directives fournies par le mari, respectant de la sorte une certaine subordination.

L'analyse sémantique des termes utilisés pour exprimer les rapports familiaux, en dehors du noyau ci-mentionné, montre que ces liens relèvent d'une notion très souple et qu'il est impossible de connaître le degré précis de parenté qui se cache derrière l'utilisation du terme *fründe*. Bien qu'en 1609 un document normatif fixe au 3e degré l'usage de ce mot, la pluralité sémantique n'en demeure pas moins, puisqu'il peut qualifier des membres de la famille, aussi bien du côté maternel que paternel. Ce large champ d'application transparaît également dans d'autres mots comme celui de *Vetter* qui peut recouvrir les cousins, les oncles paternels et maternels ainsi que les neveux. Le lien familial n'est pas en soi une base suffisante pour former un groupe solidaire en toutes situations et sa fonction en est ici relativisée. Plus qu'une aide automatique, spontanée et aveugle, c'est vers une dynamique de la réciprocité et de l'obligation mutuelle que conduisent les liens de parenté.

A côté de la parenté sanguine, l'auteur s'intéresse au rapport de compérage, soit les liens qui unissent les parents d'un baptisé ou d'un confirmé avec ses parrains et marraines. Le choix de ces derniers est de première importance car il montre que ce n'est pas le prestige qui est recherché dans cette relation mais bien plutôt la volonté de nouer une relation avec des personnes avec lesquelles un contact existait déjà. Le choix du parrain n'est donc pas à Berne l'expression d'une ascension sociale, mais il représente bien plus l'occasion d'une rencontre de cercles hétérogènes de personnes.

En dehors de l'espace familial, un autre type de rapports peut s'engager à savoir celui qui unit deux personnes de niveau social différent, dont le lien se veut réciproque, basé sur un échange de services et la confiance mutuelle des deux parties, sans que l'on puisse pour autant y voir un lien égalitaire. Si ce genre de rapports devrait être qualifié de clientélisme, la situation à Berne est plus complexe. Bien que certaines relations expriment clairement un rapport de clientélisme comme celui qui unit par exemple le bernois Thomas Schoeni au dizain valaisan Georg Supersaxo, ou Kaspar von Muelinen vis à vis du duc de Wuertenberg, les relations de ce type sont le plus souvent marquées par une durée très restreinte, ce qui en fait leur principale spécificité par rapport à d'autres régions. Ainsi, les tissus de relations, basés avant tout sur la verticalité, ne se vérifient pas dans la société bernoise. L'étude des liens et solidarités horizontales s'avèrent nettement plus difficile, car à nouveau aucun terme pour les définir n'existe. L'auteur souligne toutefois que ce type de relations

appartient au domaine de la vie quotidienne et n'avait aucune raison d'être consigné par écrit. On peut cependant citer comme exemple les liens qui unissent entre eux les dépendants d'un même patron ou la concurrence semble l'emporter sur la solidarité.

Des regroupements à court terme avaient également leur rôle dans la dynamique sociale bernoise, même s'il est difficile de connaître les liens personnels qui unissaient leurs membres ou les formes de leur existence. Au niveau politique, ils sont qualifiés de *Anhang* et ont une acception avant tout négative dans la mesure ou ils regroupent des membres qui s'opposent à la ligne «officielle». A d'autres occasions, ils rassemblent autour de fortes personnalités des individus qui ont un objectif commun et qui n'auraient sans celui-ci jamais participé au même ouvrage. Les lieux d'expression de ces factions sont également primordiaux: places et rues centrales, cimetières ou encore les auberges sont des points stratégiques, ces dernières étant capables de mettre en interaction les plus hautes autorités avec la population.

En dernier lieu, l'ensemble de ces relations personnelles sont prises en compte afin d'évaluer leur impact sur le fonctionnement du pouvoir public de la ville: c'est ainsi à un autre niveau d'action que les rapports personnels interviennent et deviennent dès lors «un élément de l'organisation de la vie commune» et leur importance primordiale est encore ici mise en exergue. Il ressort que les regroupements éphémères sont particulièrement efficaces et échappent aux contraintes sous-jacentes aux rapports familiaux.

Véronique Mariani-Pasche (Lausanne)

ULRICH BRÄKER
TAGEBÜCHER 1768–1798
SÄMTLICHE SCHRIFTEN, BÄNDE 1–3, HG. VON ANDREAS BÜRGI ET AL.

C. H. BECK/HAUPT, MÜNCHEN UND BERN 1998, 786, 844 UND 842 S., JE FR. 130.–

«Wenn jeder Mensch, der mit der Hand oder mit den Zehen, oder mit den Zähnen eine Feder halten und Buchstaben malen kann, auf den tollen Einfall käme, alles aufzuschreiben, was er den Tag über gedacht oder nicht gedacht, gethan oder nicht gethan, gesprochen, gelitten, gehört, gesehen oder empfunden hätte, oder unter gewissen Umständen würde haben sprechen leiden, hören, sehen, und empfinden können – traun! es würde, wenn auch nicht immer, unterhaltend und lehrreich, doch tolles Zeug genug zu Tage gefördert werden. Glücklicherweise haben die wenigsten Menschen hiezu Lust und Zeit. Und das ist gut. Denn oft genug würde nichts besseres an den Tag kommen, als was wir hier aus den Tagebüchern des armen Mannes im Tockenburg erhalten. Und das ist sehr wenig Gutes …» Mit diesen Worten kritisierte der Rezensent der Neuen Allgemeinen Deutschen Bibliothek 1794 die erste Ausgabe der Tagebücher von Ulrich Bräker, die bei Füssli 1792 erschienen war. Sie machen deutlich, wie schwer sich Gebildete, Gelehrte und auch Verleger und Herausgeber mit Bräkers Tagebüchern von Anfang an taten, trotz des grossen Erfolgs, den er als Autor der *Lebensgeschichte und Natürlichen Ebentheuer des Armen Mannes im Tockenburg* gehabt hatte. Um so verdienstvoller ist es, dass sich mit Beck (München) und Haupt (Bern) zwei Verlage gefunden haben, die eine neue Gesamtausgabe von Bräkers Schriften gewagt haben.

Ulrich Bräker (1735–1798) war der Sohn eines Tagelöhners, Kleinbauern und Salpetersieders aus dem Toggenburg,

mehr oder weniger unglücklich verheiratet, Vater von sieben Kindern und verdiente sein Leben als kleiner Verleger mit Baumwollhandel, Spinnen und Weben. In den bisher erschienenen drei Bänden liegen seine Tagebücher, soweit sie erhalten sind, nun integral vor; der vierte Band mit Bräkers übrigen Schriften soll in Kürze folgen. In seiner Gesamtheit muss das jetzt veröffentlichte Textkorpus als eigentliche Sensation bezeichnet werden. In ihrer Vielseitigkeit, die auch schon als Widersprüchlichkeit konstatiert oder gar kritisiert worden ist, gehören die Tagebücher zu den spannendsten kulturgeschichtlichen Zeugnissen des 18. Jahrhunderts. Die neue Ausgabe, welche die älteren Auszüge endgültig ersetzt, erlaubt nicht nur zum ersten Mal einen wirklich textwissenschaftlichen Zugang zu Bräkers sämtlichen Schriften, sie macht auch Schluss mit dem gefügigen, bildungsbürgerlich verdaubaren Konstrukt eines «schreibenden Bauernsohnes» oder «Plebejers», das die früheren Herausgeber durch Auswahl und stilistische Glättung glaubten herstellen zu müssen.

Die Vielseitigkeit Bräkers zeigt sich nicht nur im Umfang der von ihm hinterlassenen Schriften, sondern auch in den unterschiedlichen Genres, die er benutzte: Tagebucheinträge, Reisebeschreibungen, Vermahnung, Predigten, Dialoge und Gespräche, aber auch politische und zeitkritische Räsonnements oder gar die Erzählung vom «libens ritter Jauß», die Bräker inspiriert von Cervantes seinem Tagebuch einfügte. Bräker schrieb während 30 Jahren von 1768 bis zu seinem Tod 1798. Waren die Anfänge seines autobiographischen Schreibens stark pietistisch geprägt, so entfaltete sich im Laufe seines Lebens sein Erfahrungshorizont – Bräker erlebte als Zeitgenosse die ökonomischen Krisenjahre um 1770 und 1790 wie die französische Revolution, die josefinischen Reformen oder den Tod Friedrichs II. – und zugleich ermöglichte ihm seine Mitgliedschaft in der «Reformierten Toggenburgischen Moralischen Gesellschaft» ab 1776 ganz neue Zugänge zu Literatur und Bildung. Aus dem engen, pietistischen Schreiber wurde ein Autor, der sich Freiheiten nahm, seinem «Schreibhang» zu folgen und sein Herz zu erleichtern, indem er seinen «verdruß dem weißen papier anschmieren» konnte.

Bräker klagte 1779: «was kan mein geschrieb anders als ein gewirr seyn, da ich mir selber ein caos vorkomme – ha, ich mus doch ieden tag schreiben wies mir ist – jch wolte in der that lieber was anders schreiben – aber schreiben mus ich …» Für uns aber ist es gerade dieses «caos», sind es die unterschiedlichen Themen und Textsorten, die Bräker behandelt und verwendet hat, welche die besondere Faszination dieses Tagebuchs ausmachen. Widersprüchlichkeit und vermeintliches Chaos von Tagebüchern und Schriften zusammen ermöglichen eine Vielfalt und Komplexität von Zugängen, die selten anzutreffen sind. Bräkers Schriften können entsprechend als Quelle für ganz unterschiedliche Interessen und Fragestellungen dienen. Sie sind für eine Geschichte der Lektüre und Rezeption – fassbar etwa in einigen rezensionsartigen Texten des Autodidakten Bräker – ebenso spannend wie für eine Geschichte des Schreibens und der Subjektkonstitution durch dieses Schreiben. Sie enthalten Reaktionen und Reflexionen eines einfachen Mannes auf die politischen und ökonomischen Entwicklungen seiner Zeit. Sie stecken zugleich voller alltagsgeschichtlicher Informationen etwa zu Nachbarschaft, Festen, Reisen, dem Gebrauch von Reiseliteratur, aber auch Informations- und Kommunikationsnetzen etc. Von ganz besonderem Interesse sind die Tagebücher und Schriften schliesslich für eine Psychogeschichte

von Wahrnehmungen und Emotionen. Was wir bei Bräker über Geschlechterbeziehungen, Eheanbahnung, ehelichen Alltag und Streit, über Liebe, sexuelle Praktiken, Elternschaft, die Komplexität von Gefühlen, aber auch über psychische Entwicklungen und Veränderungen im Laufe eines Lebens und schliesslich über das Altern selbst erfahren können, ist sensationell. Alle diese Informationen verdichten sich in ihrer Gesamtheit zu einem komplexen, kulturhistorischen Bild der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, das es erst noch angemessen zu lesen und zu analysieren gilt. Die vorliegende Tagebuchausgabe bietet dazu die Textgrundlage. Es bleibt zu hoffen, dass die editorischen Anmerkungen, die für den fünften Band angekündigt sind, tatsächlich die entsprechenden Hilfestellungen bieten. Die Tatsache, dass sie nicht als Fussnoten den jeweiligen Texten unmittelbar beigegeben sind, bleibt der einzige Wermutstropfen dieser Neuausgabe.

Susanna Burghartz (Basel)

ANDRE PALLUEL-GUILLARD
L'AIGLE ET LA CROIX
GENEVE ET LA SAVOIE 1798–1815 (COLLECTION ARCHIVES VIVANTES)

CABEDITA, YENS-SUR-MORGES 1999, 662 P., FR 59.–

Ce livre est le résumé d'une thèse d'Etat soutenue en 1991 à Chambéry; elle n'était connue que des spécialistes qui pouvaient en consulter quelques exemplaires multicopiés déposés en quelques lieux, dont les Archives d'Etat de Genève. Aussi rendra-t-on hommage à l'éditeur qui, contrairement à ses confrères français, a osé la rendre accessible à tous les intéressés. Toutefois on regrettera la solution adoptée par l'auteur. Il lui fallait abréger son texte: à ce que nous avons pu en juger, il l'a fait avec discernement et, même si l'on regrettera parfois le sacrifice de certains détails ou précisions, l'essentiel en a été sauvegardé. En revanche on déplorera la disparition d'une grande partie de l'appareil critique au profit d'une mention abrégée de la source, à la suite de chaque citation. Outre la difficulté qu'il y a à retrouver les articles et ouvrages dans la bibliographie (arrêtée en 1991), répartie en une quinzaine de thèmes, il demeure de nombreux passages, sans citations, dont on aimerait connaître les fondements.

Malgré ces réserves, on lira avec le plus vif intérêt ce texte de près de 600 pages, qui allie heureusement histoire structurelle et événementielle, en une période particulièrement riche en bouleversements et retournements. Comblant une partie du hiatus séparant les travaux de Jean Nicolas de ceux de Jacques Lovie, ce livre ne s'apparente pas seulement aux nombreuses thèses françaises consacrées à un département ou à une région; son originalité est d'englober aussi Genève, devenue chef-lieu du département du Léman, de 1798 à 1814. Aussi, négligeant tout le volet proprement savoyard, nous nous attacherons plus particulièrement à mettre en évidence l'apport du livre à l'histoire de Genève et à celle de ses relations avec les régions voisines.

Traditionnellement, on ne parle guère de la période française, considérée comme celle de l'oppression étrangère, de la ruine économique et de la sourde opposition des fiers citoyens aspirant à recouvrer leur liberté. Ce n'est que pour le 200e anniversaire de la réunion à la France, en 1998, qu'un colloque universitaire a entrepris de jeter un autre regard sur ce trou noir de l'historiographie. D'où l'intérêt particulier d'une approche comme celle de Palluel-Guillard, indépendante des préjugés genevois et replaçant l'histoire de Genève dans son contexte régional et européen.

Relevons par exemple son analyse, fine et nuancée de la diaspora genevoise à travers l'Europe, qui se manifeste par un double mouvement de dispersion mais aussi de réintégration, quand certains, fortune faite, rentrent au pays. Cette diaspora, grâce à la force de son sentiment identitaire, permet à Genève d'en tirer de multiples avantages, contrairement à la Savoie qui possède aussi sa propre émigration. Ceux qui rentrent, qu'ils appartiennent aux familles patriciennes ou qu'ils soient de nouveaux riches, apportent un nouvel état d'esprit, faisant évoluer la haute bourgeoisie «de classe privilégiée en élite ploutocratique». (200) D'où un cosmopolitisme original. Mais c'est un dernier éclat, car la diaspora est de plus en plus laminée entre les tendances assimilatrices dans les pays d'accueil et les retours.

Au sein du département du Léman et de la Savoie la population genevoise se distingue par les traits suivants: des clivages sociaux plus marqués, une concentration de richesses beaucoup plus importante, mais aussi plus grande concentration populaire. En 1802, 8% de la population active est composé de grands et moyens bourgeois; 24% de petits bourgeois; 28% d'employés et d'ouvriers qualifiés; 40% de domestiques et de manœuvres. A elle seule Genève compte autant de personnes travaillant dans l'industrie que tout le reste du département. (188) A ces clivages sociaux, ignorés de l'historiographie traditionnelle, se superposent ceux qui opposent les nouveaux arrivants aux anciens habitants, les catholiques aux protestants.

La conjoncture économique, agricole, mais aussi industrielle et commerciale, retient naturellement toute l'attention de l'auteur, qui dresse pour la première fois un tableau précis et nuancé de son évolution, qui remplacera avantageusement la vision entièrement négative que l'on s'en faisait jusqu'ici.

Autre point délicat, jamais étudié sérieusement: le ralliement du patriciat genevois. Celui-ci, avec les six ou sept sièges occupés en permanence par des ressortissants des grandes familles genevoises au sein d'un conseil général départemental de 16 membres, y exerce le pouvoir réel. La Grande Armée, à Genève comme ailleurs, constituait le «creuset d'une réelle unification et un facteur efficace de promotion sociale et d'intégration politique». (360) Toutefois l'annexion relativement tardive de Genève, par rapport à la Savoie, la dispense de la conscription jusqu'au traité d'Amiens firent que les incorporés n'eurent pas le temps d'acquérir la célébrité et les privilèges nécessaires pour en imposer à leurs compatriotes, lors de leur retour, excepté peut-être le futur général Dufour, qui ne quittera l'armée française qu'en 1817. A partir de 1806, bien des fils de bonne famille, au lieu de fuir la conscription, la devancèrent en entrant dans les grandes écoles qui formaient les officiers; une vingtaine de lignées patriciennes furent ainsi impliquées dans les aléas militaires du régime. D'autres patriciens jouèrent un rôle parfois important dans l'administration impériale. Vers 1812, estime Palluel, l'Empire était sur le point de rallier peu ou prou les groupes sociaux prééminents, écartelés entre deux attractions contradictoires: se fondre dans une élite nationale ou conserver leur influence locale. D'où des hésitations, des ambiguïtés, et parfois des tactiques familiales subtilement diversifiées. Nous avons là un tableau complexe qui explique beaucoup des silences et des non-dits de la Restauration. C'est là un point qui mériterait d'être repris par les historiens du 19e siècle et qui leur permettrait sans doute de mieux cerner

la notion de «nation genevoise», telle qu'elle sera alors développée.

Ces quelques indications succintes laissent deviner la richesse de l'ouvrage, son ampleur de vue et les services qu'il apportera à ceux qui s'efforcent de renouveler la conception que l'on se fait du passé.

Marc Vuilleumier (Genève)

JEAN DE SENARCLENS (SOUS LA DIR.) UN JOURNAL TEMOIN DE SON TEMPS HISTOIRE ILLUSTREE DU JOURNAL DE GENEVE 1826–1998

SLATKINE, GENEVE 1999, 275 P., FR. 40.–

La disparition du vénérable Journal de Genève, en 1998, ne s'est pas opérée sans bruit. D'anciens collaborateurs et proches du journal avaient aussitôt publié un ouvrage dénonçant les conditions de cette mise à mort (Antoine Maurice et al., *Une exécution sommaire. La fin du Journal de Genève et Gazette de Lausanne,* Genève, Georg, 1998, 134 p.), qui constitue un précieux témoignage, tant pour l'historien de la presse que pour celui des mentalités. On y joindra la critique lucide et décapante de ce livre par François Gross, dans le Temps du 14 décembre 1998. Restait l'histoire même du journal, objet du volume dont nous rendons compte.

Pour son élaboration, les organisateurs, qui disposaient de beaucoup d'argent (200'000–300'000 fr.), ont fait appel à une équipe d'étudiants et de licenciés en histoire (sans compter quelques licenciés du journal…) chargée de dépouiller la collection du quotidien. C'est à partir de ce matériau brut qu'ont été élaborées les différentes parties du livre. Inutile de dire que ce n'est pas ainsi que l'on fait de l'histoire et que le résultat est consternant. Bien entendu les auteurs ignorent tout de l'historiographie de la presse et de ses méthodes. Ils auraient pourtant pu s'inspirer de l'Histoire de la Gazette de Lausanne par Alain Clavien (Lausanne, l'Aire, 1997, 355 p.) qui, en Suisse, marque certainement un tournant dans cette histoire, tant par le recours à des problématiques nouvelles, inspirées par les travaux les plus récents sur la presse, les entrepreneurs, les intellectuels et leurs réseaux d'influence que par la lecture attentive du journal et par une recherche systématique des sources disponibles. Mais cela aurait supposé d'autres méthodes de travail que celle consistant à salarier des manœuvres du dépouillement, chargés de fournir en matériaux les cinq auteurs. Ce n'est pas une histoire, mais une simple chronique, souvent partiale et incomplète où faits et articles ne sont guére mis en relation avec leur contexte.

L'«Aperçu historique» de Jean de Senarclens n'apporte rien de nouveau en sa centaine de pages, si ce n'est, pour le 20e siècle, quelques extraits des procès-verbaux du conseil d'administration, conservés aux Archives de la Ville de Genève; ils jettent quelque lumière sur les attaques contre William Martin, de 1928 à son départ pour Zurich, au début de 1933, sur «l'affaire Stelling-Michaud» (1944–1947), sur l'opposition d'une partie du conseil à W. Weideli, suite à sa pièce *Un banquier sans visage* (1964). Pour la dernière période, les emprunts à ces procès-verbaux se font de plus en plus fréquents et en viennent à structurer le récit. C'est certainement la partie la plus intéressante et la plus originale de cet aperçu historique.

Sous le titre: «Des lettres à la culture», Eric Santschi a rédigé une espèce de chronique culturelle, tandis que Christian Campiche faisait de même pour «les pages économiques et financières», en

sous-estimant d'une manière étonnante le contenu économique du périodique dans ses premières décennies. Il est vrai qu'à cette époque il ne comportait pas de pages spéciales. Toute la dernière partie du livre est consacrée aux réactions du journal à une quarantaine d'événements arbitrairement choisis avec, sur la page de gauche, des extraits commentés d'articles et, sur celle de droite, un exposé plus général. Malheureusement les anciens rédacteurs qui se sont chargés de cette tâche difficile manquent de la culture historique nécessaire et leurs compilations n'offrent guère d'intérêt.

En conclusion, il n'y a que peu à glâner pour l'historien dans ce luxueux volume. Contrairement à son titre, ce n'est pas une histoire mais un monument funéraire.

Marc Vuilleumier (Genève)

RUEDI EPPLE
BEWEGUNG IM ÜBERGANG
ZUR GESCHICHTE DER POLITIK IM KANTON BASEL-LANDSCHAFT 1890–1990

VERLAG DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT, LIESTAL 1998, 660 S., FR. 39.–

Im Zentrum der umfangreichen Untersuchung des Baselbieter Politikwissenschafters Ruedi Epple steht die Beschreibung und Analyse von vier sozialen Bewegungen, die in den letzten 100 Jahren eine bedeutende Rolle in der Politik des Kantons Basel-Landschaft gespielt haben. In vier Fallstudien behandelt er den «Bauern- und Arbeiterbund Baselland» (1893–1898), die Bewegung für die Wiedervereinigung von Basel-Stadt und Basel-Landschaft (1925–1938), den Heimatbund für das selbständige Baselbiet (1932–1938) sowie die Bewegung gegen die Wiedervereinigung (1960–1969). Systematisch fragt er bei jeder Bewegung nach Entstehungsbedingungen, Definition des gesellschaftspolitischen Problems, Aktions- und Organisationsformen sowie nach den Wirkungen, die sie im Institutionengefüge des Kantons hinterlassen haben. Epple beschränkt sich dabei allerdings nicht auf eine ausführliche historische Beschreibung der verschiedenen sozialen Bewegungen, sondern ordnet sie auch in umsichtiger Weise in die übergeordneten politischen Ereignisse und Zusammenhänge der Region ein. Im weiteren bettet er sie gesellschaftstheoretisch in die im Umfeld der französischen Strukturalismus- und *Annales*-Schulen entwickelte Regulationstheorie ein, womit ihm ein breites begriffstheoretisches Instrumentarium zur Verfügung steht, welches er vor allem für die Analyse des sozialen Wandels der letzten 100 Jahre nutzt.

Im ersten Teil seiner Studie stellt Epple die wichtigsten regulationstheoretischen Überlegungen vor und liefert einen Abriss über die Geschichte des Kantons Basel-Landschaft. Auf der Basis der von ihm ins Zentrum gerückten Theorie unterscheidet er für die regionale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert vier Phasen: eine Epoche der dualen Regulation im letzten Jahrhundert und eine der fordistischen Regulation im 20. Jahrhundert. Dazwischen sieht er eine ausgedehnte Umbruchphase, in der sich die fordistische Regulation Schritt für Schritt gegenüber der dualen durchsetzt. Zum heutigen Zeitpunkt steht der Kanton Basel-Landschaft gemäss Epple wiederum in einer Übergangsphase, wobei sich erst vage Ansätze einer postfordistischen Regulation abzeichnen.

Der zweite Teil der Studie mit der detailreichen Beschreibung der vier Fallstudien bildet das Kernstück. Beim ersten Beispiel steht der Aufstieg und Niedergang des Bauern- und Arbeiterbundes (BAB) am Ende des 19. Jahrhunderts im

Mittelpunkt. Mittels einer Hypothekarreform versuchte der BAB die Verschuldungskrise der Landwirtschaft und der Seidenbandweberei im Übergang vom dualen zum fordistischen Akkumulationsregime zu lindern, scheiterte dabei aber sowohl auf dem parlamentarischen als auch auf dem direktdemokratischen Weg. Auch der Versuch, das Verschuldungsproblem durch korporative Selbsthilfe zu entschärfen, blieb schliesslich mehr oder weniger erfolglos. Insgesamt bewegte sich der BAB in einem Umfeld, das noch stark durch die kommunale Regulationsweise und die genossenschaftliche Selbsthilfe ohne zentralstaatliche Intervention geprägt war.

Die zweite Fallstudie widmet sich der Bewegung für die Wiedervereinigung der Jahre 1914–1938. Der Wiedervereinigungsverband stand anders als der BAB nicht mehr in der politischen Kultur der korporativen Selbsthilfe, sondern versuchte konsequent, den überkantonalen Zusammenhang zu stärken und forderte dementsprechend dessen institutionelle Neugestaltung und eine integrale sozialstaatliche Intervention. Trotz erfolgreichen Volksinitiativen scheiterte die Wiedervereinigung schliesslich aber am Entscheid der eidgenössischen Räte, womit der kantonale Regulationszusammenhang in seiner alten Struktur erhalten blieb.

Das dritte Beispiel knüpft mit der Bewegung gegen die Wiedervereinigung (1930–1940) direkt an das zweite an. Mit dem Heimatbund formierte sich eine Gegenbewegung für ein selbständiges Baselbiet. Die Position des Heimatbundes als Vertretung der kleinen Handwerker und Bauern war dabei Ausdruck der Krise des traditionalen Sektors im dualen Akkumulationsregime sowie der kommunalen Regulation. Die Forderung nach einer Wiedervereinigung der beiden Basel wurde von der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe als Bedrohung der herkömmlichen Produktions- und Lebensformen wahrgenommen. Dementsprechend bekämpfte der Heimatbund eine Kompetenzverlagerung auf die Ebene eines wiedervereinigten Kantons und bezog Front gegenüber der urbanen Kultur, gegenüber der Arbeiterschaft und gegenüber sozialstaatlichen Ansprüchen. Allerdings blieb er mit seinen Forderungen und Mitteln defensiv ausgerichtet und vergleichsweise erfolglos.

Die vierte Fallstudie befasst sich mit der Bewegung gegen die Wiedervereinigung zwischen 1960 und 1970. Ausgangspunkt der Bewegung für das selbständige Baselbiet (SB) war eine Volksinitiative zur Wiedervereinigung, die 1960 von der Stimmbürgerschaft angenommen wurde. Im Gegensatz zu den früheren Wiedervereinigungsgegnern zeichnete sich die Bewegung für ein selbständiges Baselbiet nicht nur durch traditionelle Aktionsformen, sondern auch durch ein modernes und innovatives Handlungsrepertoire aus. Auch auf organisatorischer Ebene beschritt das SB mit der Bildung eines Netzwerks von Ortsgruppen neue Wege. Mit der Ablehnung der Verfassungsvorlagen von 1969 durch den Souverän erreichte die SB ihr Ziel überaus deutlich. Gründe für diesen Erfolg sieht Epple in der Entstehung funktionaler Äquivalente zur Wiedervereinigung. Namentlich erwähnt er den Ausbau der kantonalen Regulationsebene zu einem modernen Staatswesen und die partnerschaftliche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den politischen Einheiten der Region Nordwestschweiz und Oberrhein.

Im dritten und letzten Teil der Studie befasst sich der Autor mit den beabsichtigten und nichtintendierten Wirkungen sozialer Bewegungen. Zunächst stellt er am Beispiel der kantonalen Spitalpolitik dar, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Bewegungen für

und gegen die Wiedervereinigung konkret in den politischen Institutionen niedergeschlagen haben. Darauf folgt eine Analyse der Einflüsse sozialer Bewegungen auf die wechselnden inhaltlichen Paradigmen der politischen Kultur. Der dritte Teil schliesst mit einer Untersuchung über mögliche Erklärungsfaktoren der politischen Partizipation bei Wahlen und Abstimmungen im Kanton Basel-Landschaft.

Das Werk, das uns Ruedi Epple vorlegt, ist eindrücklich und facettenreich. Seine Studie über den Kanton Basel-Landschaft der letzten 100 Jahre zeichnet sich sowohl durch eine aussergewöhnliche inhaltliche Interdisziplinarität als auch durch methodische Vielseitigkeit aus. Detaillierte historische Beschreibungen gehen über in soziologische und politikwissenschaftliche Analysen sowohl qualitativer als auch quantitativer Art. Trotz des beträchtlichen Umfangs von 660 Seiten liest sich der grösste Teil der Arbeit spannend und kurzweilig (so insbesondere die Abstimmungskampagnen und politischen Auseinandersetzungen in den Fallstudien zur Wiedervereinigung) und nur einzelne Stellen sind etwas zu langfädig und redundant geraten (so etwa die Ausführungen über die kantonale Spitalbaupolitik). Besonders hilfreich für den Leser sind die klare Gliederung und Systematik wie auch die Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht herauszustreichen sind die originelle Überprüfung der Theorie des Paradigmenwechsels von Raschke anhand der Abstimmungsdaten von Baselbieter Gemeinden im dritten Teil wie auch die quantitativ-historische Netzwerkanalyse zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens bei der Hypothekarreforminitiative von 1896. Epple demonstriert hier eindrücklich, welche Möglichkeiten die politik-historische Abstimmungsanalyse mittels Aggregatdaten bietet.

Positiv zu würdigen ist auch das klare theoretische Konzept, das seinen Analysen der Baselbieter Geschichte über den sozialen Wandel generell und für die einzelnen politischen Bewegungen im speziellen zugrunde liegt. Der versierte Umgang mit dem begrifflichen Instrumentarium der Regulationstheorie, die er zu Beginn auch ausführlich vorstellt, ermöglicht ihm die sinnvolle Einordnung von Einzelereignissen in übergeordnete gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge. Historische Deskription und soziologische Theorie werden in den einzelnen Analyseteilen in der Regel überzeugend miteinander verknüpft. Allerdings bleibt er in denjenigen Fällen alternative Erklärungsansätze schuldig, in denen regulationstheoretische Begründungszusammenhänge nicht vollständig zu überzeugen vermögen, wie dies etwa bei der zweiten Fallstudie der Fall ist.

Insgesamt handelt es sich bei der Studie über die Politik des Kantons Basel-Landschaft im 20. Jahrhundert, die sich im Grenzbereich der politikhistorischen und politologischen Forschung bewegt, um ein Pionierwerk, das seinesgleichen sucht. Die im internationalen Vergleich äusserst starke Stellung der unteren politischen Staatsebenen in der Schweiz lassen es für ein umfassendes und abgerundetes Bild der schweizerischen Politik sinnvoll und wichtig erscheinen, zusätzlich zur Bundesebene auch in Zukunft verstärkt die Funktionen, Prozesse und Strukturen der Politik in den Schweizer Gliedstaaten zu erforschen. Ruedi Epple liefert uns mit seiner Arbeit ein eindrückliches Beispiel, wie diese schwierige Aufgabe angepackt werden kann.

Adrian Vatter (Bern)

JAKOB TANNER
FABRIKMAHLZEIT
ERNÄHRUNGSWISSENSCHAFT, INDUSTRIEARBEIT UND VOLKSERNÄHRUNG IN DER SCHWEIZ

ZÜRICH, CHRONOS, 1997, 599 S., FR 78.–

Quoi de plus «naturel» et de plus quotidien que l'acte de se nourrir? Pourtant, comme le démontre cet imposant travail, cet acte est un fait social fondamental, qui ordonne à la fois la vie privée et le temps passé au travail. En mettant l'accent sur le «repas en fabrique», Jakob Tanner situe en effet la problématique de l'alimentation au centre des processus de production qui ordonnent nos sociétés capitalistes industrialisées. Les mécanismes concrets d'organisation, de quantification et d'amélioration de la reproduction de la force de travail constituent à ce titre un des fils rouges qui traversent l'ensemble de cet ouvrage extrêmement dense et à plusieurs entrées.

Avant d'être confronté, du moins dans les sociétés industrialisées, à «l'excès» de nourriture et à la «malbouffe» caractéristiques aux sociétés de consommation de la deuxième moitié du 20e siècle, les femmes et les hommes étaient encore confronté-e-s entre 1890 et 1950 au problème fondamental de la «carence» et de la sous-alimentation. Ce n'est qu'à la fin d'un 19e siècle, encore profondément marqué par les transformations démographiques et sociales brutales liées à l'industrialisation (exode rural, émigration due aux famines et à la destructuration de la société pré-industrielle, etc.), que s'amorce progressivement en Suisse la constitution, par le biais de la croissance économique, d'un surplus alimentaire permettant d'effacer le souvenir de la faim passée.

C'est également à ce moment que le discours scientifique s'empare de la nourriture et de l'alimentation pour en faire un objet d'étude et un axe d'intervention. La récolte de données au sujet des habitudes alimentaires, des valeurs énergétiques – réelles ou fantasmées! – des différents aliments, la classification sexuée des besoins en nourriture, caractérise ce mouvement qui débouche sur la constitution de théories sur le fonctionnement et le rendement du «moteur humain» et l'intégration de l'alimentation dans les processus de rationalisation de la production.

Ce taylorisme alimentaire ne s'impose pourtant pas sans peine. L'alimentation est au cœur des conditions de vie et contribue à marquer les différences et les frictions entre les classes sociales. Les longues résistances que décrit Tanner face à la formalisation du repas en usine indiquent également comment des pratiques quotidiennes sont progressivement normalisées et comment «l'horloge interne» de la famille ouvrière doit finalement s'aligner sur le temps de la fabrique et les besoins du capital. Quelques fois, l'alimentation se retrouve même au centre des tensions sociales, par exemple lors des premiers essais de définitions d'indices des prix à la consommation ou, de manière exemplaire, durant la Première guerre mondiale, lorsque les difficultés de ravitaillement jouent un rôle clé dans la radicalisation du mécontentement ouvrier débouchant sur la grève générale de novembre 1918.

L'histoire passionnante du *Schweizerischer Verband Volksdienst* (SVV), association gérant les foyers de soldats durant la Première Guerre mondiale puis un nombre grandissant de cantines d'usines, illustre également ces rencontres entre une alimentation «scientifique» et l'imposition d'une discipline des corps. L'enveloppement de la classe ouvrière dans les œuvres sociales des entreprises conduit également à un renforcement des lignes de partage en matière de division

sexuelle du travail. A travers le travail du SVV, c'est une véritable «maternité organisée» qui se met en place à l'usine, tandis que l'essor de l'économie domestique et de l'éducation ménagère reproduit ces lignes de partage au niveau des foyers.

Ce phénomène s'accentue durant la Deuxième guerre mondiale où la femme ouvrière se voit chargée par l'Etat de participer à l'organisation rationnelle de l'alimentation du «corps national». La période de la guerre et du rationnement devient ainsi une expérience à grande échelle en matière nutritionnelle où se rejoignent toutes les tentatives de rationalisation élaborées durant l'Entre-deux-guerres. Le vaste périple entrepris par Jakob Tanner dans le champ encore peu exploré de l'alimentation se termine sur quelques réflexions intéressantes concernant l'immédiat après-guerre et les prolégomènes de la société de consommation et d'abondance – relative et socialement différenciée – qui résout définitivement la problématique de la «carence» évoquée ci-dessus.

En refermant ce livre original et novateur (mais malheureusement non doté d'un index!), on ne peut qu'espérer que d'autres historiennes et historiens poursuivent leurs investigations dans ce nouveau champ. A quand une histoire sociale minutieuse du rôle déterminant joué par les grandes entreprises alimentaires (Nestlé, Migros, etc.) dans les pratiques quotidiennes et l'imaginaire social de la société suisse du 20e siècle?

Matthieu Leimgruber (Lausanne)

SIBYLLE HARDMEIER
FRÜHE FRAUENSTIMMRECHTSBEWEGUNG IN DER SCHWEIZ (1890–1930)
ARGUMENTE, STRATEGIEN, NETZWERK UND GEGENBEWEGUNG
CHRONOS, ZÜRICH 1997, 487 S., FR. 58.–

YVONNE VOEGELI
ZWISCHEN HAUSRAT UND RATHAUS
AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE POLITISCHE GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAUEN IN DER SCHWEIZ 1945–1971
CHRONOS, ZÜRICH 1997, 702 S., FR. 78.–

Die Erinnerung an die Geschichte des Kampfes um das Frauenstimm- und -wahlrecht in der Schweiz ist lange Jahre von zwei Zeitzeuginnen, Susanne Woodtli und Lotti Ruckstuhl, wachgehalten worden. Die vorliegenden aufwendigen Forschungsarbeiten stellen einen wichtigen Schritt in der Analyse des Verhältnisses zwischen den Frauen und dem schweizerischen Staat dar.

Sibylle Hardmeier hat das Fehlen einer umfassenden Untersuchung der Frauenrechtsbewegung in der Schweiz mit drei Problemfeldern verknüpft: Bis anhin habe eine kontinuierliche Erforschung dieser Thematik nicht zuletzt deshalb gefehlt, weil die Frauen- und Geschlechterforschung kaum an den Universitäten verankert, ein kontinuierlicher Informationsfluss beziehungsweise Forschungsprozess damit nicht möglich gewesen sei. Die Erforschung der Stimmrechtsbewegung leide an einer Theorieschwäche, was mit der fehlenden Verankerung der Geschlechtergeschichte und damit dem Manko einer theoriegeleiteten Ausbildung zu tun habe. Ferner sei bedeutsam, dass Interessierte an der internationalen Diskussion wenig partizipierten. So habe auch die Debatte um Diffe-

renz und Egalität in den Emanzipationsstrategien von Frauen kaum Beachtung gefunden. Ebenso seien die Theorien zu sozialen Bewegungen beziehungsweise Mobilisierungstheorien kaum rezipiert und angewendet worden, was sich nun ändert, seitdem mit der Erforschung der Nachkriegszeit auch die sozialen Bewegungen im Umfeld der Ereignisse um 1968 erklärungsbedürftig werden.

Die Autorin verfolgt über die Zeit hinweg das Verhältnis zwischen dominanter gesellschaftlicher Ideologie und Argumentations- und Handlungsstrategien der frühen Frauenstimmrechtsbewegung. Sie verankert dort die Debatte um Egalität und Differenz, indem die vorherrschende Geschlechterordnung auf der Geschlechterdifferenz beruhte, die zwar in Konflikt zur liberalen Gesellschaftsidee steht, aber zur Rechtfertigung des Ausschlusses der Frauen von der Öffentlichkeit diente. Die Frauenstimmrechtsbewegung argumentierte, wenn sie egalitär ausgerichtet war, mit dieser «Inkonsequenz des Liberalismus». In der internationalen historischen Diskussion und Forschung, so stellt die Autorin völlig zu recht fest, ist eine Diskussion darüber im Gang, wie egalitäre und dualistische Konzeptionen und Argumentationen im konkreten Fall zueinander standen. Von den Vertreterinnen eines scharfen Gegensatzes zwischen Egalität und Differenz (Claudia Klinger und Claudia Pinl) unterscheidet Hardmeier die Sichtweise von Forscherinnen (Beatrix Mesmer, Rosamund Billington, Irene Stoehr), die den Antagonismus zwischen Egalität und Differenz betonen, dualistischen Argumentationen in spezifischen historischen Situationen aber auch eine offensive, emanzipative Qualität beimessen. Die dritte Gruppe kritisiere die Vorstellung eines Antagonismus (Karin Offen, Ute Gerhard und Carol Pateman), indem sie die Bedeutungen und Stossrichtungen jeweiliger Argumentationen in ihrem Zusammenhang interpretiert und erst danach auf ihre Qualität (Egalität und Differenz) beurteilt wissen will. Dieses Vorgehen wählt die Autorin in ihrer Erforschung der Frauenstimmrechtsbewegung, indem sie die Vorstösse und Stellungnahme der Frauenverbände detailliert in ihrem Kontext auf Bedeutung und Wirkung analysiert. Dabei legt sie der Beurteilung des Argumentations- oder Handlungszusammenhanges die ideologischen Traditionslinien (Religion, Aufklärung, Liberalismus, Katholizismus, Marxismus), die in der untersuchten Zeit dominanten Konfliktlinien (Kapital – Arbeit, Tradition – Moderne) und das Regelsystem politischer Entscheidungsfindung in der Schweiz zugrunde.

Von der Politologie inspiriert untersucht Hardmeier als Pionierin in der Geschichtswissenschaft die Frauenstimmrechts- als soziale Bewegung, und deshalb die Mobilisierungsursachen beziehungsweise -bedingungen und die Bedeutung der Bewegung als Netzwerk. Damit begründet sie zum Teil ihre Wirkung: Die Stimmrechtsbewegung wurde organisiert, zusammengehalten und getragen von einer relativ kleinen Zahl hochaktiver und einander vielfach verbundener Frauen. Verwandtschaftliche Beziehungen, gesellige Bekanntschaftszirkel, lebenslang gepflegte Freundschaften schufen den Boden für vertrauensvolle und verlässliche gemeinsame öffentliche Aktivität. Viele der Frauen kannten sich aus den Zeiten ihrer Ausbildung, waren Mitglied mehrerer Organisationen, von Berufsverbänden, sozialreformerischen Werken, gemeinnützigen Institutionen usw., woraus sich ein dichtes Netz von aktivierbaren Beziehungen ergab. Eine überdurchschnittliche Zahl der männlichen Aktivisten hatte politisch bedeutsame Positionen inne und konnte so wichtige Kontakte herstellen. Ihre Bindung an die

Bewegung war meist eng: Ehen oder familiäre Bande garantierten Engagement und Interesse. Die Bewegung befand sich zwar mit ihrer Stimmrechtsforderung in klarer Opposition zur politischen Schweiz. Gleichzeitig jedoch ist Sibylle Hardmeier wie auch schon Beatrix Mesmer und anderen die Einbindung der Frauenrechtlerinnen in das Establishment der politischen und wirtschaftlichen Eliten aufgefallen. Abgesehen von sozialdemokratisch gebundenen Aktivistinnen und Aktivisten, für welche die Sache noch etwas komplexer liegt, war ein ganz hoher Anteil der Frauenrechtlerinnen in die gut- bis grossbürgerliche Elite der schweizerischen Gesellschaft integriert. Dies beeinflusste auch ihre Radikalität – mehrheitlich im Sinne einer Abschwächung. Zudem nahmen die männlichen Aktivisten auch immer wieder mässigend oder von den frauenrechtlerischen Zielen ablenkend Einfluss auf die Bewegung, dafür verschafften sie den Frauen einen relativ guten Informationsstand bezüglich politischer, administrativer und parlamentarischer Abläufe.

Die Form des Engagements und der Netzwerkbildung begründen laut Hardmeier, weshalb die Mobilisierungsmöglichkeiten der Frauenrechtlerinnen beschränkt waren. Dies bestätigten die politischen Geschehnisse um die Behandlung frauenrechtlerischer Postulate: Die hohe Unterschriftenzahl bei der Petition von 1929 erscheint als das Ergebnis nicht einer breiten Mobilisierung, sondern einer Tiefenerfassung bei den Anhängerinnen, die durch die hohe Professionalität der Sozialdemokratie bei Unterschriftensammlungen zustande kam. Für politische Mehrheiten, so folgert die Autorin, konnte dies nicht reichen. Die Befürwortung der Schubladisierung der Petition durch einzelne Frauenrechtlerinnen sei damit realistischer Einschätzung entsprungen. Eine klare Spaltung der Argumentationslinien der Frauenbewegung in bezug auf Dualismus (Differenz) und Egalität (Gleichheit) habe es nicht gegeben. Aber die Gleichheitsargumentation sei ungleich schwieriger anwendbar gewesen und habe erst nach dem Ersten Weltkrieg einigermassen Auftrieb erhalten. Die Vertretung radikaler Gleichheitsforderungen und radikaler Kampfmethoden hätten eine auch für Männer aussergewöhnliche politische Kampfbereitschaft vorausgesetzt. Sie hätte die gesellschaftliche Verankerung der Frauenrechtlerinnen in ihrem relativ privilegierten und Frauen begünstigenden unmittelbaren Umfeld in Frage gestellt. Die Abstützung der Frauenstimmrechtsforderung auf die Differenz war demgegenüber in gewisser Hinsicht vielversprechend: Sie ermöglichte der männlichen Öffentlichkeit die Delegation von Arbeit im Rahmen von Schule, Kirche und Sozialfürsorge an die Frauen. Sie stellte das gültige Frauenbild nicht in Frage und begründete mit der Beteuerung, als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft Pflichten zu übernehmen, den Anspruch auf die volle Staatsbürgerschaft. Die Verwendung der Differenzfigur und der Dualismuskonzeption war auch gefährlich: Die Andersartigkeit von Frauen wurde bestätigt und so wurden Anknüpfungspunkte für Ausgrenzungsstrategien offeriert; man bewegte sich in einem Feld der Nützlichkeitsüberlegungen und verzichtete auf den Menschenrechts- und Freiheitsanspruch liberaler bürgerlicher Staatstheorie; das Argumentationsfeld, das «Mütterlichkeit» und spezielle Eignung umfasste, war von Bevölkerungspolitikern und von katholisch-konservativen Politikern besetzt. Von diesen Gegnern des Frauenstimmrechtes strahlte ein starker Druck aus mit dem Ziel der biologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Unterwerfung der Frauen unter einen bürgerlichen, männlichen und autoritären Staat.

Yvonne Voegeli stellt zum einen die Behandlung der Frauenstimmrechtsforderung durch Bundesrat, eidgenössische Verwaltung und Parlament ins Zentrum, zum anderen die nationale und die zürcherische Frauenstimmrechtsbewegung wie auch die Gegnerinnen des Frauenstimmrechts und schliesslich die Frauenbefreiungsbewegung.

Bezüglich Frauenbild, Integration in die bürgerliche Gesellschaft und Staatstreue wie der sozialen Zusammensetzung der Vereine bestätigt ihre Analyse die Ergebnisse von Sibylle Hardmeier. Sie unterstreicht die Dominanz der «Differenz» im Geschlechterbild ihrer Untersuchungsperiode und macht die Verwurzelung in der bürgerlichen Geschlechter- und Gesellschaftsordnung verantwortlich für die anpasserische Politik des Verbandes wie des zürcherischen Vereins. Erst mit der Einbettung in die Diskussion um Menschenrechte habe man das Frauenstimm- und -wahlrecht verstärkt in Verbindung mit Egalität gesetzt. Die eher spärlichen Daten erhärten, dass die Gegnerinnen bezüglich ihrer sozialen Verankerung den Befürworterinnen überaus ähnlich waren, was die Frage nach den Gründen für eine prononciert negative Einstellung zum Frauenstimmrecht unbeantwortet lässt. Die Autorin sieht im Auftreten der FBB, die radikal egalitär und radikal kämpferisch war, einen starken Stimulus für das politische System, die gemässigteren weiblichen Kräfte in sozial bewegter Zeit zu integrieren, obwohl oder gerade weil die FBB nicht viel vom Stimmrecht hielt.

Den Ablauf bundesrätlicher, administrativer und parlamentarischer Beschäftigung mit und Vorsichherschiebens der Frauenstimmrechtsforderung zeichnet die Autorin aufgrund der Protokolle und Briefwechsel minutiös nach. Dabei wird die Lektüre der mit der Zeit ermüdenden Abfolge sich wenig verändernder Argumentationsmuster durch die ironisch unterlegte Schreibweise und die Zitate mit den frappierendsten Bonmots angeregt. Die Autorin tritt der Vorstellung entgegen, das lange Warten der Frauen auf die politische Gleichstellung sei in der direktdemokratischen Verfasstheit des politischen Systems zu suchen. So ortet Voegeli ausser bei Bundesrat Feldmann nur magistrale Verzögerungsstrategien und beim Parlament vor allem Gruppenprofilierungen. Die Bereitschaft des Parlaments im Jahre 1958, die Frauenstimmrechtsvorlage vor den männlichen Souverän zu bringen, habe keinesfalls parlamentarische Zustimmung zur Vorlage bedeutet. Vielmehr hätten manche Gegner freudig auf das Nein der männlichen Stimmbürger gewartet, nicht zuletzt um darzutun, dass ein Abbau der direkten Demokratie einer Modernisierung des schweizerischen Staatswesens nur dienlich sein könne. Nützlichkeitserwägungen seien für den Zeitpunkt der Vorlagen von 1959 und 1971 verantwortlich gewesen: Man habe die weibliche Opposition gegen den geplanten obligatorischen Zivilschutzdienst für Frauen und gegen die geplante Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention mit Vorbehalt bezüglich der politischen Rechte der Frauen auffangen wollen. Der Ablehnung des Frauenstimmrechts habe die Furcht um die traditionelle männliche Vorherrschaft und die Angst davor zugrunde gelegen, die stimmberechtigten Frauen würden ihr Recht dazu verwenden, die Diskriminierungen ihres Geschlechts in anderen Bereichen (Zivilrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht usw.) zu bekämpfen. Letztlich seien die staatsbürgerlichen Rechte der Frauen möglich geworden, als ihre Verweigerung den sozialen Frieden zu gefährden drohte.

Die Ergebnisse von Yvonne Voegelis umfang- und detailreichen Untersuchungen zu den Verzögerungs- und Abwiege-

lungstaktiken der politischen Instanzen wie auch zu der wenig überlegenen Vertretung der Stimmrechtsforderung durch den Verband in der Nachkriegszeit bestätigen das Fazit, das Sibylle Hardmeier für die Anfänge der Bewegung gezogen hat: «Das Bild [der Demokratiequalität der Schweiz] ist nicht gerade ruhmreich: Das Patriarchat war in den alltagsweltlichen Vorstellungen der Schweizer – und Schweizerinnen – besser verankert als die für eine Demokratie grundlegenden Werte der bürgerlichen Gleichheit.»

Béatrice Ziegler (Bern)

STEFAN MÄCHLER
DER FALL WILKOMIRSKI
ÜBER DIE WAHRHEIT EINER BIOGRAPHIE

PENDO, ZÜRICH 2000, 366 S., FR. 19.80

ELENA LAPPIN
DER MANN MIT ZWEI KÖPFEN

CHRONOS, ZÜRICH 2000, 104 S., FR. 26.–

Der konkrete Fall Wilkomirski gilt nunmehr als erledigt; aufgrund der Ergebnisse der von Wilkomirskis Literaturagentur Liepman, Zürich, beim Historiker Stefan Mächler in Auftrag gegebenen Untersuchung zogen die Verlage das Buch endgültig zurück. In minutiöser Recherche fördert Mächler noch einmal neues Material zu Tage, das den Beweis liefert, dass die 1995 als autobiographische Erinnerung an eine Kindheit in den deutschen Vernichtungslagern publizierten *Bruchstücke* eine Erfindung ihres Autors Binjamin Wilkomirski beziehungsweise Bruno Doessekker sind.

Keinesfalls obsolet geworden sind mit dieser Erkenntnis die weiterführenden Implikationen des Falls, weswegen der nun veröffentlichte Bericht nach wie vor von aktuellem Interesse ist. Mächler wirft anhand von Genese und Rezeption des Phänomens Wilkomirski diverse unangenehme Fragen bezüglich des gegenwärtigen Umgangs mit der Erinnerung an den Holocaust auf. Offensichtlich ist die NS-*Endlösung* zu einem vom zeitlich-räumlichen Geschehen losgelösten Topos geworden und dient als Metaphernfundus für den Ausdruck beliebiger Opferbefindlichkeiten. Wilkomirski, so die These Mächlers, bediente sich dieses Archivs, um sich eine Opferidentität zu basteln. Möglich, dass er in diesem Akt die Gelegenheit fand, seine eigene, zweifelsohne alles andere als glückliche Heimkindheit in ein sinnhaftes Narrativ zu überführen; ein Vorgang, der – wenn er denn so stattgefunden hat – am Tatbestand selbst wenig ändert.

Bereits im Juni 1999 erschien in der britischen Literaturzeitschrift *Granta* die erste gründlichere Untersuchung zur Affaire Wilkomirski von Elena Lappin, die nun in deutscher Übersetzung vorliegt. Mächler geht über weite Strecken noch einmal denselben Weg, beschränkt sich aber in der Folge nicht auf die Beweisführung über die Schweizer Dokumente, sondern überprüft darüber hinaus auch Wilkomirskis Narrativ selbst auf historische Ungereimtheiten. So liefert er en passant die Antwort auf eine im Anschluss an Daniel Ganzfrieds Enthüllungen in der *Weltwoche* kontrovers diskutierte Frage, ob man denn allein «entlang des Textes» herausfinden könne, ob es sich bei *Bruchstücke* um eine Fälschung handle, indem er mittels fundierter Quellenstudien in Wilkomirskis Geschichte zahlreiche Episoden der historischen Unmöglichkeit überführt.

Auch von den befragten Zeitzeugen aus den Lagern und dem Kinderheim in Krakau, in dem Wilkomirski nach dem Krieg gewesen sein will, erinnert sich niemand an einen Binjamin. Statt dessen findet sich überraschend ein anderer

Zeuge, der Wilkomirski aus seiner frühsten Kindheit kennt – allerdings nicht als Binjamin in Polen, sondern als Bruno im schweizerischen Nidau. René Aeberhardt, der Sohn der Pflegefamilie, bei der sich Bruno Grosjean 1944/45 aufhielt, ist nicht nur überzeugt, dass jener Bruno Grosjean mit Bruno Doessekker, das heisst Binjamin Wilkomirski, identisch ist, er fand zudem in *Bruchstücke* selbst Schilderungen, die bis ins Detail mit Gegebenheiten in Nidau übereinstimmen.

Neben dem Nachweis der historischen Unmöglichkeit von Wilkomirskis Geschichte macht Mächler darauf aufmerksam, dass «Wilkomirski» nicht als Kreation einer Einzelperson zu verstehen ist, sondern vielmehr ein heterogenes Erzeugnis darstellt, an dessen Produktion über Jahre hinweg verschiedene Faktoren und Protagonisten beteiligt waren. In erster Linie seine Lebensgefährtin und seine Psychotherapeutin, dann aber auch Literaturagentur und Verlage, die Hinweisen auf eine mögliche Fälschung nicht besonders gründlich nachgingen. *Bruchstücke* wurde zur medienwirksamen Opfergeschichte, die nach Mächlers überzeugender Argumentation diverse Publikumsbedürfnisse befriedigte, wie genussvolle Opferidentifikation mit kathartischer Wirkung. Darüber hinaus funktionierte Wilkomirski im zeitgenössischen schweizerischen Umfeld der Nazigold-Debatte als Fetisch, der den Tätern beziehungsweise ihren Nachfahren über Empathie erlaubte, sich auf die moralisch richtige Seite zu stellen.

Zudem zeigt Mächler auf, dass die erfolgreiche Aneignung der Identität eines KZ-Überlebenden so nur möglich und sinnvoll war, weil der Holocaust im gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurs zu einem allgemein verständlichen Identifikationsangebot geworden ist. Nichts illustriert diese Entwicklung deutlicher als das Vorgehen Wilkomirskis, der seine Biographie in ein sinnstiftendes Opfernarrativ einpasste und sich zum «prototypisch Fremden der Moderne» (Mächler), dem Juden, stilisierte.

Um so bedauernswerter deshalb, dass sich Mächler bei allem analytischen Scharfsinn am Schluss selbst wieder von der konstatierten Sogwirkung der «Empathie mit dem Opfer» einholen lässt. Wilkomirski erneut zum absoluten Opfer zu erklären und ihn somit jedweder Verantwortung für seine Handlung zu entheben, kann gerade nach der vorgelegten Analyse zur Rezeptions- und Produktionsgeschichte der *Bruchstücke* keine Lösung sein. Mächler verfällt einem eigenartigen Zwang zur Synthese der real erlebten Kindheitsgeschichte Doessekkers und der erfundenen. Wilkomirski, so die These in Anspielung auf den Titel Lappins, habe keinesfalls «zwei Köpfe», *Bruchstücke* sei vielmehr die Erzählung seiner Kindheit, wenn auch in «atemberaubender Entfremdung». Mächler gibt dem Text *Bruchstücke* so als Schilderung einer «anderen Realität» einen Wahrheitsanspruch zurück. In stilistisch befremdlicher und vom Rest des Textes merklich abweichender Schilderung von Brunos rekonstruierter pränataler und adoptiver Geschichte wird uns gleichsam eine Ersatzgeschichte mit neuem Trauma anstelle der dekonstruierten *Bruchstücke* angeboten. Ein Trostpakt für die ge- beziehungsweise enttäuschte Leserschar: Sie sei nicht von Grund auf belogen worden, da Emotionalität und Dichte des Schreckens nach wie vor Gültigkeit hätten.

Dass es sogar in dieser reflektierten Untersuchung noch das Bestreben gibt, etwas an *Bruchstücke* zu «retten», zeigt noch einmal wie unglaublich stark die fetischistische Bindung an Wilkomirski sein muss. Mächlers Rede von einer «inneren Wahrheit» des Traumas suggeriert die Existenz einer überpersonal und kontextunabhängig gültigen authentischen

Schreckerfahrung, die sich gleich und zugänglich bleibt, handle es sich nun um eine jüdische Kindheit in einem NS-Vernichtungslager oder jene eines herumgestossenen unehelichen Schweizer Kleinkinds. Eine Sichtweise, hinter der die Kategorie des historischen Geschehens – um dessen Sicherung es in vorliegender Untersuchung ja primär geht – unweigerlich zurücktreten muss. Ungeachtet seiner eigenen Analyse verwischt Mächler mit dieser Argumentation die grundlegende Differenz zwischen dem nicht einholbaren historischen Ereignis Holocaust und seiner Verwendung als Leidensmetapher, wenn er zum Schluss kommt, dass sich «letztlich in dieser fiktiven ‹Autobiographie› eines angeblichen KZ-Opfers Kernstrukturen jener Ereignisse [das heisst der Shoah] selbst spiegeln». Nimmt man Mächlers Überlegungen und auch Lappins diesbezügliche Hinweise zur gesellschaftlichen Bedingtheit des Phänomens Wilkomirski ernst, so ist diese Schlussfolgerung noch einmal der bekannten Täuschung Wilkomirskis verfallen. In der fiktiven Autobiographie spiegelt sich einzig die Art, wie zum Zeitpunkt des Sterbens der letzten Zeitzeugen über die Ereignisse gesprochen wird und in welcher Weise diese instrumentalisiert werden. Die Tatsache, dass hier ein Überlebendentrauma dazu missbraucht wurde, eigene disparate Erinnerungen in ein sinnvolles Narrativ zu packen, ist symptomatisch dafür, was aus dem Geschehen der *Endlösung* im gegenwärtigen Diskurs geworden ist: eine zitierbare, mit beliebigen Inhalten füllbare Worthülse, die in der herrschenden Opferkultur mit fragloser Betroffenheit rechnen darf.

Esther Kilchmann (Kilchberg/Zürich)

ALEIDA ASSMANN
ZEIT UND TRADITION
KULTURELLE STRATEGIEN DER DAUER

BÖHLAU, KÖLN, WEIMAR, WIEN 1999, 168 S., FR. 37.–

Sous le titre prometteur de *Zeit und Tradition. Kulturelle Strategien der Dauer,* ne se dissimule pas un volume lourd et touffu, mais un petit fascicule de quelques 170 pages à peine. Aleida Assmann, professeur de littérature, auteur et éditrice de nombreux ouvrages récents portant sur la transmission mémorielle ou sur les processus identificatoires accomplit ici l'exploit de traiter de manière simple une thématique vaste, ambitieuse et pour le moins complexe.

En accord avec son intitulé, elle aborde la question de la durée et des stratégies de pérennité en analysant l'élaboration du temps, puis de la tradition. Habilement, elle commence par offrir un panorama de la littérature philosophique, sociologique et historienne consacrée à la problématique du temps. Par l'exposé de ces multiples études, Aleida Assmann ne se contente pas de souligner l'existence d'un lien ténu entre perception de la durée et culture, mais elle introduit sa propre conviction «dass jede Kultur die Zeit als ‹das Programm ihres Entfaltungsprozess selbst mithervorbringt›». (17)

Après un rapide survol des conceptions temporelles développées en Egypte et en Mésopotamie, l'auteur se penche sur la genèse de certaines appréhensions encore actuelles de la durée, déjà repérables dans l'Ancien Testament. Le Livre de Daniel et, plus précisément, le rêve des quatre Empires, illustre le *temps apocalyptique*. Il s'agit là de l'émanation typique d'une population révoltée contre un pouvoir oppressif dont elle prophétise la chute imminente, en se référant à l'avènement prochain d'une dimension supérieure et spirituelle. A cette «temporalité

des vaincus», tendant fondamentalement à la rupture, s'oppose «la vision des vainqueurs» ou *temps impérial* qui, quoique inspiré par le même songe, aspire à la linéarité et à la continuité. Entre ces deux conceptions antagoniques s'insère la perception bourgeoise, évolutive et progressive du temps qui marque encore les sociétés occidentales contemporaines.

Cette appréhension dynamique de la durée qui s'impose dès la Renaissance est en étroite corrélation avec une tendance exponentielle au changement. Paradoxalement, l'accélération des transformations des conditions de vie induit une demande équivalente en stabilité. Et c'est à ce stade qu'intervient la notion de tradition, analysée en seconde partie de l'ouvrage. A la suite d'une petite recension introductive, résumant l'essentiel des théories scientifiques consacrées au sujet, Aleida Assmann se penche sur deux de ses vecteurs spécifiques: la généalogie et l'écrit littéraire. Cet examen et, surtout, l'investigation de ce que l'on entend par «classiques» ou «classicisme» lui permet de souligner l'interaction constante entre actualité et traditions, constamment réinventées au gré des développements du présent. Ce constat débouche sur la thèse principale du livre, parfaitement résumée en conclusion. Les cultures ne sont rien d'autre que des formes de mémoire transgénérationnelle qui, très logiquement, élaborent et impliquent des stratégies de durée. Or, ces constructions temporelles, ces «Zeitgestalten lassen sich ebenso wie ihr Sonderfall, die Traditionsmodelle, als grossräumige Gedächtnis-Konstruktionen auffassen, die menschlichem Handeln und Erleben Richtung, Rechtfertigung und Sinn verleihen». (160)

Pour étayer sa démonstration limpide et convaincante, l'auteur s'appuie sur des éléments tirés de l'Antiquité égyptienne (domaine de spécialisation de Jan Assmann, abondamment cité), de la Bible ou principalement de la littérature. En outre, elle n'hésite pas à prouver la permanence de sa thèse en effectuant des comparaisons souvent éclairantes avec des événements de la fin du 20e siècle. Le souci didactique du propos, la variété et l'originalité des exemples avancés constituent l'intérêt majeur de *Zeit und Tradition* – du moins pour les historiens qui, par ailleurs, risquent de rester un peu sur leur faim. En effet, l'idée maîtresse d'Aleida Assmann ne renvoie-t-elle pas immanquablement aux textes déjà célèbres de Eric Hobsbawm ou de Benedict Anderson? Et comment ne pas regretter qu'un ouvrage évoquant les intrications de la construction temporelle ne consacre pas plus de pages à ce grand récit du passé, à cette légitimation des valeurs officielles qu'est l'historiographie? Ces quelques frustrations sont sans doute à mettre au compte de la pluridisciplinarité qui, malgré tout, se révèle ici pleine de charmes et de richesses.

Irène Herrmann (Genève)